

# Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform  
bei der Partei

Nr. 58

September

III/2012

**DIE LINKE.**



**Glyphosat - das meistverkaufte Pflanzengift der Welt**

**Hessen: Wirtschaftsminister setzt sich über geltendes  
Umweltrecht hinweg**

**Flughafen München: Bundesregierung ignoriert  
BürgerInnenwillen**

**Ökosteuer: Weiterführung von Spitzenausgleich  
"für lau" verstößt gegen EU-Recht**

**Rio+20 scheitert an globaler Ungleichheit**

## Inhaltverzeichnis

Rainer Gally , Editorial	3
<b>Aus den Ländern</b>	
Salzeinleitung in die Werra: Wirtschaftsminister setzt sich über geltendes Umweltrecht hinweg	4
Positionspapier der LAG Umwelt Brandenburg zum Thema "Glyphosat"	6
Bundesregierung ignoriert BürgerInnenwillen	8
<b>Schwerpunktthema: Gentechnik und Pestizide</b>	
Bahn frei für den Genmais	9
Das meistverkaufte Pflanzengift der Welt	10
<b>Verbände, Organisationen</b>	
Ökosteuer: Weiterführung von Spitzenausgleich „für lau“ verstößt gegen EU-Recht	14
Eurokrise & Nachhaltigkeit	16
Newsletter Umweltgewerkschaft; April 2012	19
<b>Gesellschaftsperspektive</b>	
Rio+20 scheitert an globaler Ungleichheit	21
Mutter Erde	22
<b>International</b>	
Staudammflut in der Türkei: Bevölkerung stürmt Baustelle	24
<b>Bücherecke</b>	
Kritik der grünen Ökonomie – Impulse für eine sozial und ökologisch gerechte Zukunft.	25
Soziologie der Energiewende – Erneuerbare Energie und die Transition des ländlichen Raumes	26
Das EU-Viertel	26
Japan nach „Fukushima“. Ein System in der Krise.	27

## Impressum

### Kontakt

Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

E-Mail: [oekoplattform@die-linke.de](mailto:oekoplattform@die-linke.de)

Internet: [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de)

Die ÖPF ist ein anerkannter Zusammenschluss der LINKEN und arbeitet als bundesweite Arbeitsgemeinschaft.

### Herausgeber

Sprecherrat der Ökologischen Plattform

VidSP

**ISSN** 2195-027X

### Redaktion

[tarantel@oekologische-plattform.de](mailto:tarantel@oekologische-plattform.de) (ausschließlich für Veröffentlichungen)

Redaktionsschluss: 15.8.2012

Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden.

Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat. Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik IN EIGENER SACHE von der Redaktion. Satz und Layout: Mike Wright  
Geplanter Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15.11.2012. Elektronische Fassungen dieser und älterer Ausgaben sind unter [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de) bzw. [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de) verfügbar.

### Bestellung/Adressänderung

[kontakt@oekologische-plattform.de](mailto:kontakt@oekologische-plattform.de)

### Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF:

Volksbank Berlin, BLZ 10090000, Konto 5000600000, VWZ Ökologische Plattform



## Rainer Gally

Seit dem 15. Juli hat die Plattform einen schmerzlichen Verlust zu beklagen. Rainer Gally, langjähriges aktives Mitglied des Sprecherrates, wurde bei einem Verkehrsunfall aus seinem hoffnungsvollen Leben gerissen.

Rainer, der Diplom-Ökonom und Hobby-Ornithologe hat sich nach der Wende eine selbständige Existenz aufgebaut. Mit seiner Frau Sabina, die beim Unfall schwer verletzt wurde, hatte er eine Tochter, Maxi, die jetzt 8 Jahre alt ist und ihm immer große Freude bereitete.

Trotz seiner angespannten beruflichen Tätigkeit war er für uns im Sprecherrat der Plattform eine große, bis jetzt kaum zu ersetzende Hilfe. Auf seine sachkundige Arbeit als Schatzmeister der Plattform und seine umsichtige, zeitaufwändige Arbeit als Cheforganisator bei Bundestreffen und Konferenzen, Sitzungen des Koordinierungsrates sowie für Infostände konnten wir uns immer verlassen. Seine lebensfrohe, freundliche und hilfsbereite Art machte die Zusammenarbeit mit ihm für alle von uns sehr angenehm.

Rainer wird uns unvergessen bleiben.

*Der Sprecherrat*

## Editorial

Der „Erdgipfel“ Rio+20 ist Geschichte und hat allen deutlich gemacht: Wir leben in einer Zeit von Kompromissen – faulen Kompromissen, wie manche mit Blick auf das Ergebnis meinen, während es insbesondere wirtschaftsorientierte Vertreter der Industriestaaten als Erfolg feiern: „Im Übrigen ist es so, dass eine Konferenz, die am Ende ein Erfolg ist, jedenfalls besser ist als eine Konferenz wo die Staats- und Regierungschefs am Ende keine Einigung finden.“ (Altmaier). Das zwar nicht falsch, aber damit wird nicht einmal Mittelmaß zum Kriterium politischen Handelns gemacht. So wird die Politik dem Ernst der Lage keinesfalls gerecht, dringt weder zu den Ursachen vor, noch werden Perspektiven eröffnet. Die Gegenüberstellung der Interessen von Industrieländern einerseits und der BRICS-Staaten andererseits blendet darüber hinaus diejenigen aus, denen das Wohl der Menschen, Buen Vivir („Gutes Leben“) wichtig ist. Verständlich, denn BRICS ist eine Zusammenfassung von Staaten nach wirtschaftlicher Stärke. Das darf in den Mainstream-Medien noch erscheinen, während Buen Vivir die Konsumgesellschaft in Frage stellt. Das Gedicht „Mutter Erde“ geht den Dingen auf den Grund und ergänzt damit die Einschätzung „Rio+20 scheitert an globaler Ungleichheit“.

Am 20.8.12 hat ein Gericht in Argentinien erstmalig Haftstrafen für den gesetzwidrigen Einsatz von gefährlichen Agrochemikalien ausgesprochen (nd, 23.8.12). Die Ermittlungen sind erst auf massiven Druck einer Gruppe von Frauen aus Itizaingó in Gang gekommen, während das öffentliche Gesundheitswesen seiner Pflicht nicht nachgekommen sei, erklärte Damián Verzeñassi von der Nationalen Universität in Rosario. Die

Mütter, deren Kinder an Krebs gestorben sind, haben den Prozess zwar gewonnen, sind wegen der Milde der Strafen – drei Jahre auf Bewährung für zwei der drei Angeklagten – enttäuscht und fühlen sich ohnmächtig. Dennoch hat das Urteil große Bedeutung, denn jetzt können Betroffene in ganz Argentinien die Polizei einschalten, wenn wieder in der Nähe von Wohngebieten Glyphosat versprüht wird.

Wenige Wochen zuvor hatte Monsanto, der Hersteller von Glyphosat in Paraguay noch einen Erfolg errungen, wo sein genetisch veränderter Mais VT Triplo Pro für den menschlichen Verzehr zugelassen wurde („Bahn frei für den Genmais“).

Die LINKE hat das Thema bisher unterschiedlich aufgegriffen: Kirsten Tackmann hält den Einsatz für unverzichtbar: „Derzeit sind keine unbedenklicheren Alternativen (zu Glyphosat) verfügbar und auch nicht in Sicht.“ und zum so genannten „Totspritzen“ („Sikkation“) erklärt sie: „Mag sein, dass sich das ökonomisch für den Betrieb ‚rechnet‘ - für die Volkswirtschaft rechnet sich das nicht. Deshalb müssen wir andere Wege gehen.“

Klarer spricht sich die brandenburgische Landesarbeitsgemeinschaft ‚Umwelt‘ der Partei DIE LINKE gegen die Praxis der Sikkation aus. Der Abbau von Pflanzengift darf nicht erst im Körper von Mensch und Tier stattfinden! („Positionspapier der LAG ‚Umwelt‘“). Wir meinen: Der Einsatz von Pestiziden kurz vor der Ernte gehört ohne Wenn und Aber verboten und bestraft! Schadstoffe müssen von/in den Pflanzen sicher abgebaut werden können, bevor diese in den Verzehr gelangen.

*Der Sprecherrat*

# Salzeinleitung in die Werra: Wirtschaftsminister setzt sich über geltendes Umweltrecht hinweg

### Jasmin Romfeld

Zur Genehmigung der Abwasser-Pipeline der K+S Kali GmbH von Neuhof nach Philippsthal in die Werra durch das Regierungspräsidium Kassel erklärt Marjana Schott, umwelt- und verbraucherpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag:

„Offensichtlich hat das hessische Wirtschaftsministerium die Genehmigung der Abwasser-Pipeline in die Werra gegen Bedenken des Regierungspräsidiums Kassel durchgesetzt. Damit setzt Minister Florian Rentsch (FDP) die unsägliche Umweltpolitik seines Vorgängers fort.“

Fachleute des Regierungspräsidiums Kassel hätten der Genehmigung dieser Pipeline aus rechtlichen Gründen skeptisch gegenübergestanden.

„Im Resultat zementiert diese Pipeline die Einleitungspraxis von Salzlauge in die Werra. Die fortgesetzte Einleitung der Salzlauge in die Werra verstößt gegen geltendes deutsches und europäisches Umweltrecht.“

Die EU-Kommission habe die Bundesrepublik Deutschland wegen mangelnder Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie bereits im letzten Jahr ermahnt.

Schott: „Das hessische Wirtschaftsministerium riskiert mit der Genehmigung der Pipeline eine Klage der EU. Mit dieser sind Strafgerichte verbunden, die aus Steuergeldern beglichen werden müssten. Der hessische Wirtschaftsminister lässt Rechtsverstöße zu und die Menschen vor Ort sowie die Steuerzahler müssen dann für die Zeche aufkommen.“

### Vertragsverletzungsverfahren der EU

Zu dem Thema hat die Europäische Kommission bereits am 21.6.2012 an den Außenminister ein „Aufforderungsschreiben – Vertragsverletzung Nr. 2012/4081“ gerichtet, in dem es heisst:

Sehr geehrter Herr Bundesminister, ich möchte Sie auf die Umsetzung der Richtlinie 2000/60/EG zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327, 22.12.2000, S. 1), hiernach ‚die Richtlinie‘, in Deutschland hinweisen.

Die Kommission hat am 14. September 2009 eine Beschwerde über die Salzwassereinleitungen der Kaliindustrie in die Werra und Weser erhalten. In der Beschwerde wurde vorgebracht, dass die Bundesrepublik Deutschland die Anforderungen der Richtlinie in der Flussgebietseinheit der Weser nicht richtig anwendet. Insbesondere bringt der Beschwerdeführer vor, dass die Bundesrepublik Deutschland ihre Verpflichtungen nach Artikel 3 eine angemessene Koordinierung der Behörden innerhalb der Flussgebietseinheit sicherzustellen, einen Flussbewirtschaftungsplan nach dem Verfahren der Artikel 13 und 14 aufzustellen und nach Artikel 4 die Erreichung der Wasserqualitätsziele sicherzustellen nicht erfüllt hat.

Die Kommission hat die deutschen Behörden am 1. Dezember 2009 um Stellungnahme zu dieser Beschwerde im EU Pilotverfahren gebeten (EU Pilotfall 734/09/ENVI). Die deutschen Behörden haben am 5. Februar 2010 geantwortet. Der Beschwerdeführer hat am 8. März, 25. Mai, 27. Mai und 10. Juni 2010 zusätzliche Informationen übermittelt. Die Kommission hat den deutschen Behörden am 27. September 2011 zusätzliche Fragen gestellt. Die deutschen Behörden haben am 15. Dezember 2011 geantwortet. Der Beschwerdeführer hat am 17. Januar 2012 zusätzliche Informationen übermittelt.

...

Nach Auffassung der Kommission befreit Artikel 4(4) die Mitgliedstaaten nicht von ihrer Verpflichtung die notwendigen Maßnahmen zur Erreichung der Ziele nach Artikel 4(1) zu bestimmen. Artikel 4(4) gewährt den Mitgliedstaaten nur mehr Zeit um die Maßnahmen umzusetzen. Daher müssen nach Auffassung der Kommission die Maßnahmen, die für die Erreichung der Ziele notwendig sind, und der Zeitplan für die Zielerreichung im ersten Fluss-





**Werra Gertenbach, Witzenhausen**

Foto: Mike Wright

gebiets-Bewirtschaftungsplan und Maßnahmenprogramm festgelegt werden.

Die Kommission ist der Auffassung, dass die Voraussetzungen des Artikels 4(4) für eine Verlängerung der Frist in diesem Fall aus folgenden Gründen nicht erfüllt sind:

- es wurde keine Frist für die Errchung der Ziele festgelegt,
- es ist keine schrittweise Erreichung der Ziele vorgesehen,
- die Gründe für die Verlängerung wurden nicht hinreichend dargelegt,
- es ist nicht sichergestellt, dass die Ziele bis 2027 erreicht werden und
- der Weser Flussgebiets-Bewirtschaftungsplan führt nicht die Maßnahmen auf, die erforderlich sind, um die Wasserkörper schrittweise in den geforderten Zustand zu überführen.

Die Kommission ist ferner der Auffassung, dass das Maßnahmenprogramm für die Flussgebietseinheit Weser nicht die Anforderungen des Artikel 11 erfüllt, da es nicht die Maßnahmen enthält, die erforderlich sind um in den von den Salzwassereinleitungen betroffenen Gewässerkörpern die Ziele des Artikels 4 der Richtlinie zu erreichen. Dies stellt auch einen Verstoß gegen Artikel 13 dar, da der Flussgebiets-Bewirtschaftungsplan gemäß Artikel 13(4) in Verbindung mit Anhang VII Punkt 7 eine

Zusammenfassung des Maßnahmenprogramms gemäß Artikel 11, einschließlich Angaben dazu, wie die Ziele gemäß Artikel 4 dadurch zu erreichen sind, enthalten muss.

Daher ist die Europäische Kommission der Auffassung, dass die Bundesrepublik Deutschland in der Flussgebietseinheit Weser gegen ihre Verpflichtungen aus den Artikeln 4, 11 und 13 der Richtlinie verstoßen hat.

Die Kommission weist darauf hin, dass diese Fall mögliche zusätzliche Fragen der Kommission über die Einhaltung der Richtlinie in der Flussgebietseinheit Weser nach Abschluss ihrer laufenden umfassenden Prüfung der deutschen Flussgebiets-Bewirtschaftungspläne nicht ausschließt.

Die Kommission fordert Ihre Regierung gemäß Artikel 258 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf, sich binnen zwei Monaten nach Eingang dieses Schreibens hierzu zu äußern. Die Kommission behält sich vor, nach Eingang der Äußerungen oder im Falle, dass innerhalb der gesetzten Frist keine Äußerungen eingehen, gegebenenfalls eine mit Gründen versehene Stellungnahme nach Artikel 258 AEUV abzugeben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Für die Kommission

*Janez POTOČNIK*

Mitglied der Kommission

# Positionspapier der LAG Umwelt Brandenburg zum Thema "Glyphosat"

Heike Jacobs

Glyphosat ist der Wirkstoff, der weltweit am meisten zur Unkrautbekämpfung in Herbiziden eingesetzt wird. Glyphosathaltige Pestizide werden auf viele Millionen Hektar aufgebracht, um so genanntes „Unkraut“ zu vernichten. Neben der Verwendung in der Landwirtschaft wird es auch ungebremst zum Unterhalt von Gleisanlagen, städtischen Gehwegen, Straßenrändern und in Kleingärten eingesetzt. In der Bevölkerung ist es als „Round-Up“, einem Produkt von Monsanto, bekannt. Auch andere große Agrochemiekonzerne wie Syngenta (Schweiz), Nufarm (Österreich), Bayer (Deutschland) oder Dow Agro Science (USA) machen reichlich Profite auf den boomenden Herbizidmärkten weltweit. Global werden jährlich 800 000 Tonnen Glyphosat hergestellt, Tendenz steigend. 2008 wurden allein in Deutschland zwischen 4.000 - 8.000 Tonnen Glyphosat eingesetzt, wobei die Menge sich seit 2000 verdoppelt hat.

Die Firma Monsanto brachte den Wirkstoff Glyphosat 1974 unter dem Namen Roundup auf den Markt. Die grünen Pflanzenteile nehmen ihn über die Oberfläche auf. Danach verteilt es sich in der gesamten Pflanze. Dort wirkt es innerhalb einer Woche systemisch und führt zum Welken und Absterben der Pflanze. Nur einige gentechnisch veränderte Pflanzen verfügen über eine Glyphosatresistenz, womit sie große Mengen davon vertragen (HR-GVPs). Dies ist besonders für anliegendes Leben (Mensch, Tier, Pflanze) problematisch.

### Risiken für Umwelt, Mensch und Tier

Der steigende Verbrauch bedeutet für Mensch, Tier und Umwelt ein deutlich erhöhtes Risiko, mit dem schädigenden Wirkstoff auf unterschiedlichste Weise in Berührung zu kommen. Direkt gefährdet Glyphosat aufgrund seiner toxischen Effekte. Seine Wirkung als Breitbandherbizid vernichtet weiterhin aufgrund der Beseitigung der Wildkrautflora Nahrungsquellen und essentielle Lebensräume. Ebenso gefährdet die Ausweitung gentechnisch veränderter Pflanzen (und des damit einhergehen-

den notwendigen Herbizideinsatzes) die Biodiversität in naturnahen und natürlichen Ökosystemen. Längst bewiesen sind die vielfältigen direkten und indirekten toxischen Effekte, die Glyphosat auf die Bodenmikroflora, aquatische und terrestrische Ökosysteme ausübt. Die gesundheitlichen Risiken von Glyphosat sind ebenso vielfältig wie hoch. Denn es schädigt menschliche Zellen und führt unweigerlich zu deren Absterben. Diese Effekte wurden auch bei niedrigeren Konzentrationen beobachtet. Es fördert bestimmte Krebserkrankungen (besonders im lymphatischen System) und begünstigt die Entstehung von Hauttumoren. Besonders „Round Up“ steht in dringendem Verdacht, die menschliche Fortpflanzung und Embryonalentwicklung zu stören. Über zunehmende Fälle von Fehlgeburten und Fehlbildungen bei Neugeborenen berichten Familien aus Argentinien und Paraguay, die in der Nähe von gentechnisch veränderten Sojaplantagen leben. Von 2000 bis 2009 vervierfachte sich bei Neugeborenen die Fehlbildungsrate, die Krebsrate bei Kindern verdreifachte sich. Bis dato gingen Fachleute davon aus, dass Tiere (und Menschen) Glyphosat ohne weitere Metabolisierung (Umwandlung in ein Zwischenprodukt) rasch wieder ausscheiden.

### In den Nahrungsketten

Mehrfach wurde nachgewiesen, dass sich Glyphosat in der tierischen und menschlichen Nahrungskette befindet und langfristig toxisch wirkt. Schwere Erkrankungen ganzer Tierbestände in Norddeutschland wurden wiederholt festgestellt. Besonders alarmierend sollte dabei die Tatsache sein, dass in den Urinproben der betroffenen LandwirtInnen ebenfalls Glyphosat festgestellt wurde. In neusten Untersuchungen der Berliner Bevölkerung (bei der nicht von einem Direktkontakt mit dem Pestizid auszugehen ist) wurden im Dezember 2011 bei allen ProbandInnen Werte von 0,5 bis 2 ng Glyphosat pro ml Urin nachgewiesen (Trinkwassergrenze liegt bei 0,1 ng/ml). Diese Probanden-

gruppe hatte keinen direkten Zugang zu Glyphosat. Dies bedeutet, dass Glyphosat zunehmend über die tägliche Nahrungszufuhr (Milch, Eier, Getreide und Gemüse) in den menschlichen Körper gelangt und dort in der beschriebenen Weise schädigt. Dies könnte seine Ursache in der Praxis der Sikkation haben.

### Sikkation

In der EU werden seit einigen Jahren Herbizide zur Sikkation von Erntebeständen eingesetzt. Dieses Todspritzen der Ernte hat den Zweck, die gleichmäßig abgestorbenen Pflanzen besser ernten zu können und Unkraut für die nächste Aussaat zu entfernen. Syngenta spricht in diesem Zusammenhang auch von „chemischer Reifung“, da durch das Herbizid eine sichere Terminierung des Ernteablaufes möglich wird.

Besonders besorgniserregend ist diese Praxis, da Getreide, Kartoffeln, Raps und Hülsenfrüchte vor der Ernte noch einmal mit Totalherbiziden bespritzt werden, damit die Getreidepflanzen sterben und eine gemeinsame Reife haben. Kartoffeln bekommen dadurch eine etwas festere Schale und verringern ihre Anfälligkeit für Knollenfäule. Glyphosat kann durch die raschen Abläufe Aussprühen- Ernte- Verbrauch nicht mehr in der Pflanze abgebaut werden und kommt durch den Verzehr direkt in den menschlichen Organismus. Dieser ungeheuerliche Skandal unserer modernen Landwirtschaft beruht auf der gesetzlichen Lücke in der EU-Gesetzgebung, wonach für Pestizide und Insektizide zwischen Ausbringung der Chemikalie und Ernte Wartezeiten eingehalten werden müssen. Da Glyphosat aber als Herbizid eingestuft ist, kann die moderne Landwirtschaft ohne nötige Wartezeiten Glyphosat versprühen und anschließend ernten. Da die Analyse von Glyphosat und Co nicht mit den Standardanalyseverfahren erfasst werden, werden Rückstände nicht routinemäßig erfasst.

### Handlungsempfehlung

Die Forderung eines Verbots von Glyphosat würde das Problem nicht lösen. Derzeit sind keine unbedenklicheren Alternativen verfügbar. Für eine Neubewertung des Wirkstoffes ist es allerdings höchste Zeit. Bisher wurde Glyphosat als relativ

umweltfreundliches Pestizid angesehen, das hat sich nun durch seine massenweise Anwendung und die neue wissenschaftlichen Berichte geändert. Seine vielfältigen Einsatzmöglichkeiten müssen kritisch überprüft werden.

Auch die Kombination von Gentech-Pflanze und dazugehörigem Unkrautkiller muss durch die EU viel stärker unter die Lupe genommen werden. Die Gentechnikabteilung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) fühlt sich für die Untersuchung von Pestizidrückständen, Begleit- und Abbaustoffen (Metaboliten) nicht zuständig, wenn sie einen Zulassungsantrag einer herbizidresistenten (HR) Gentech-Pflanze auf dem Tisch hat. Das ist inakzeptabel. Sowohl im Zulassungsverfahren, als auch im späteren Monitoring müssen Herbizid und herbizidresistente Pflanze gemeinsam betrachtet werden.

Im Kleingartenbereich muss der Einsatz von Roundup Ready verboten werden, weil dort eine sachgerechte Anwendung und der gesellschaftliche Nutzen fraglich ist. Auch die Belastung von Lebens- und Futtermitteln durch glyphosathaltige Pestizide ist stärker zu prüfen. Defizite gibt es in der Prüfhäufigkeit der Länder und in der Untersuchungsdurchführung. Die Abbauprodukte (AMPA) und die Netzmittel (POE-Tallowamine) der glyphosathaltigen Pestizide stellen im Vergleich mit dem Wirkstoff das noch viel größere Problem dar, sind aber kaum untersucht bzw. greifbar. Die Praxis der Sikkation hat in besonderen Masse zum starken Einsatz von Glyphosat in der Landwirtschaft beigetragen. Deshalb sollte sie ebenfalls dringend auf den Prüfstand gestellt werden.

Beschluss der LAG Umwelt Brandenburg  
vom 7. September 2012



# Bundesregierung ignoriert BürgerInnenwillen

**Eva Bulling-Schröter**

„Der Bundesregierung ist das Ergebnis des Münchner Bürgerentscheides über die 3. Start- und Landebahn offensichtlich egal,“, erklärt die Ingolstädter Abgeordnete und umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Eva Bulling-Schröter, zur Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage von ihr zum Thema. Die Abgeordnete weiter:

„Es zeugt von einem zweifelhaften Demokratieverständnis, wenn die Bundesregierung auch nach dem ablehnenden Münchner Bürgerentscheid am Flughafen-Ausbau festhalten will. Wie aus der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Jan Mücke, hervorgeht, halte der Bund als Anteilseigner der Münchner Flughafengesellschaft

daran ‚unter den Prämissen‘ fest, die ‚im Flughafenkonzept 2009‘ genannt worden seien. Wer das Konzept kennt, weiß, dass es in erster Linie ein Fahrplan für den Ausbau des Flugverkehrs ist, garniert mit etwas ökologischem Beiwerk.

Auf die Frage, ob die Bundesregierung auch gegen den erklärten Willen der MünchnerInnen das Projekt durchführen wolle, antwortet die Bundesregierung, sie habe das Ergebnis des Bürgerentscheids ‚zur Kenntnis genommen‘. Gleichwohl stehe dem angeblich eine ‚besondere Bedeutung‘ des Infrastrukturprojektes und Luftdrehkreuzes München Flughafen in Hinsicht auf Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze gegenüber. Im Klartext heißt dies, es soll gebaut, und der Wille von Bürgerinnen und Bürgern schlichtweg ignoriert werden.“

### Antworschreiben der Bundesregierung

Sehr geehrte Frau Kollegin,

*Ihre Frage Nr. 310/Juli:*

„Wie positioniert sich die Bundesregierung - als einer der Flughafengeschafter des Flughafens München - zur Weiterführung bzw. Einstellung des Projektes einer dritten Start- und Landebahn für den Flughafen München angesichts des ablehnenden Ergebnisses des Bürgerentscheides vom 17. Juni in der bayerischen Landeshauptstadt über das Projekt?“

*beantworte ich wie folgt:*

Die Bundesregierung hat sich im Flughafenkonzept 2009 unter den dort genannten Prämissen für den Ausbau des Flughafens München ausgesprochen. Daran hält die Bundesregierung fest. Das weitere Vorgehen hinsichtlich des Vorhabens wird in den Gremien der Gesellschaft beraten werden.

*Ihre Frage Nr. 3111/Juli:*

„Wird die Bundesregierung dafür plädieren, das Projekt eine, dritten Start- und Landebahn für den Flughafen München auch gegen den Willen der

Münchner und der betroffenen Umland gemeinden durchzuführen. wenn ja weshalb?“

*beantworte ich wie folgt:*

Die Bundesregierung hat die Ergebnisse des Bürgerentscheids zur Kenntnis genommen. Dem steht gegenüber, dass dieses Infrastrukturvorhaben eine herausragende verkehrs- und wirtschaftspolitische Bedeutung, nicht nur für München und den Freistaat Bayern, sondern darüber hinaus auch für Deutschland hat. Der Luftfahrtstandort Deutschland muss langfristig international wettbewerbsfähig bleiben. Dabei spielt insbesondere der Flughafen München mit seiner Drehkreuzfunktion eine entscheidende Rolle für Wachstum und Arbeitsplätze.

Mit meinen besten Grüßen

Jan Mücke, MdB

Parlamentarischer Staatssekretär Bundesminister  
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung  
Berlin, 07.08.2012



# Bahn frei für den Genmais in Paraguay

Als „Attentat auf die bäuerliche Kultur und die Ernährungssouveränität“ bezeichneten bäuerliche Organisationen die Genehmigung des genetisch veränderten Mais VT Triplo Pro für den menschlichen Verzehr am vergangenen 6. August durch das Ministerium für Gesundheit und Volksfürsorge. Die vom US-Unternehmen Monsanto hergestellte Maissorte wird vom Ministerium als harmlos für die menschliche Gesundheit erachtet.

### LandwirtInnen fürchten Kontaminierung einheimischer Sorten

„Monsanto wird jetzt sein Saatgut legalisieren können und expandieren“, sagte Tomás Zayas, Vorsitzender der Landwirtschaftlichen Vereinigung von Alto Paraná ASOGRAPA (Asociación de Agricultores de Alto Paraná) gegenüber der Nichtregierungsorganisation Basis Soziale Untersuchungen BaselS (Base Investigaciones Sociales).

Zayas fügte hinzu, die Bauern und Bäuerinnen seien besorgt darüber, dass der einheimische Mais kontaminiert werden könnte und darüber, welche Auswirkungen der Verzehr dieser genetisch veränderten Maissorte auf die menschliche Gesundheit haben würde.

BaselS warnte davor, dass die Einfuhr des Genmaises „die gesamte Ernährung, die Wirtschaft, den Genpool sowie die althergebrachte indigene und bäuerliche Kultur tiefgreifende Veränderungsprozesse erfahren könnten, wenn einheimische Sorten verdrängt und eine Abhängigkeit von patentiertem Saatgut entstehen würde“.

### Experimenteller Anbau bereits unter Lugo genehmigt

Obwohl die Gensorten durch das Gesetz zur Evaluation der Umweltwirkung von 1993 verboten sind, erlaubte die Regierung des abgesetzten Präsidenten Fernando Lugo (2008-2012) im vergangenen Januar Monsanto den experimentellen Anbau von Genmais. Die neue Führung unter Fernando Franco hat die Genehmigung dieser und anderer genetisch veränderten Sorten nun beschleunigt.

Anfang Juli, nur wenige Tage vor dem Staatsstreich, der zur Amtsenthebung des Präsidenten Fernando Lugo am 22. Juli führte, erlaubte die Nationale Behörde für die Qualität und Unbedenklichkeit von Pflanzen und Samen SENAVE (Servicio Nacional de Calidad y Sanidad Vegetal y de Semillas), die für die Regulierung des Einsatzes von Agrochemikalien zuständig ist, den Anbau transgener Baumwolle.

### Drohende „Unterjochung“ der Bauern und Bäuerinnen

In einem Kommuniqué erklärte das Netzwerk der Umweltschutzgruppen in Paraguay ROAM (Red de Organizaciones Ambientalistas del Paraguay), dass die derzeitige Führungsspitze der SENAVE ein Landwirtschaftsmodell fördern würde, „das die Bauern und Bäuerinnen wirtschaftlich dadurch unterjocht, dass sie von einem technologischen Paket aus patentiertem Saatgut und dem umfassenden Einsatz von Mitteln, einschließlich toxischer Agrochemikalien abhängig werden. Außerdem sind die möglichen Risiken für die menschliche Gesundheit, die Nahrungssicherheit und die Biodiversität nicht abschließend geklärt“.

Der genetisch veränderte Mais und die Baumwolle gesellen sich nun zum Gensoja hinzu, das bereits seit Jahren im Land angebaut wird. Dem Netzwerk für Maßnahmen zu Spritzmitteln und ihre Alternativen in Lateinamerika RAP-AL (Red de Acción en Plaguicidas y sus Alternativas en América Latina) zufolge beträgt im Fall von Soja der Anteil genmodifizierter Sorten rund 80 Prozent der 3 Millionen Hektar Anbaufläche in Paraguay.

Dieser Artikel ist erschienen in Poonal Nr. 1008; 19. August 2012

*Originalquelle: Lima, 15. August 2012, noticias aliadas*

# Das meistverkaufte Pflanzengift der Welt

### Umweltinstitut München e.V.

Glyphosat ist das weltweit am häufigsten eingesetzte Herbizid. Der US-Agromulti Monsanto brachte es 1974 unter dem Namen Roundup auf den Markt. Heute wird Glyphosat in verschiedenen Varianten und von zahlreichen Unternehmen produziert und vertrieben. Die Produkte enthalten unterschiedliche Mengen an Glyphosat und Hilfsstoffe. Art und Zusammensetzung der Zusatzstoffe sind das Geschäftsgeheimnis von Monsanto und anderen Herstellern und werden nicht veröffentlicht.

Glyphosat wirkt über die Blätter und hemmt einen lebenswichtigen Stoffwechselprozess in den Pflanzen. Die Wirkung tritt innerhalb einer Woche ein, die Pflanzen sterben ab. Der Einsatz von Glyphosat auf landwirtschaftlichen Nutzflächen war vor 1996 kaum möglich. Denn es tötet alle Pflanzen - Unkräuter wie Nutzpflanzen.

So ist Roundup die Ursache für die Entwicklung der Gensoja und für den Anbau genmanipulierter Pflanzen. 1996 gelang es Monsanto, ein bakterielles Gen in Sojabohnen einzubauen, mit Hilfe dessen die Pflanzen ein bestimmtes Enzym, das EPSPS (5-Enolpyruvylshikimat-3-phosphat-Synthase) produzieren. Dieses Enzym lässt die Sojapflanzen die Giftregen überleben. Seither werden so genannte Roundup-Ready-(RR)-Soja, -Mais, -Raps, -Zuckerrüben, -Baumwolle und -Alfalfa, vor allem in den USA, Argentinien, Brasilien und Kanada kommerziell angebaut. 2010 wuchsen auf 148 Millionen Hektar genmanipulierte Pflanzen, über 95 Prozent des Gen-Soja und knapp 80 Prozent der sonstigen Gen-Pflanzen sind herbizidresistent, überwiegend gegen Glyphosat. Monsanto ist der führende Hersteller von Glyphosat sowie von Gen-Saatgut.

Doch auch ohne den Anbau von Gen-Pflanzen gibt es zahlreiche Einsatzmöglichkeiten, etwa im Obstbau, im Heimgarten, beim Anbau von Weihnachtsbäumen, auf industriell genutzten Flächen usw. Und auch in vielen Landwirtschaftsbetrieben wird der Acker kurz vor der Aussaat mit Glyphosat unkrautfrei gespritzt. Oftmals wird das Gift auch kurz vor der Ernte ausgebracht, um die Abreifung von zum Beispiel Weizen oder Raps zu beschleunigen.

Dieses Verfahren nennt man Sikkation. In Deutschland sind 75 Glyphosat-haltige Mittel zugelassen, beispielsweise im Acker-, Obst-, und Weinbau, 44 davon auch für den Haus- und Kleingarten.

In der EU sind glyphosatresistente Pflanzen bisher noch nicht für den Anbau zugelassen. Doch wird sich dies bald ändern. Denn die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat sich bereits positiv zu den eingereichten Anträgen von glyphosatresistenten Mais- und Zuckerrübensorten geäußert.

### Krebsauslöser - Embryonenkiller

Seit 1996 wird glyphosatresistente Gensoja in Europa als Futtermittel eingesetzt. In der EU werden jährlich etwa 36 Millionen Tonnen überwiegend Gen-Sojabohnen und -schrot eingeführt. Allein Deutschland importiert etwa Dreiviertel der Eiweißfuttermittel, überwiegend Gen-Soja. Über Eier, Milch und Fleisch gelangt Glyphosat auf unsere Teller, ebenso wie der in Glyphosat-Mischungen enthaltene Zusatzstoff POEA und das Abbauprodukt AMPA. Beide sind wesentlich giftiger als Glyphosat selbst. Daher ist POEA in Deutschland verboten. In Roundup ist es aber weiterhin erlaubt.

Dem Pflanzengift Roundup werden bis zu 15 Prozent POE-Tallowamine (polyethoxylierte Alkylamine, POEA) zugesetzt. Diese sind wesentlich giftiger als Glyphosat selbst und verstärken zudem die Giftigkeit von Glyphosat. POEA allein und in Kombination mit Glyphosat können Krebs auslösen.

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat im Juni 2010 veranlasst den Einsatz des Gifts zu beschränken: Pflanzen, die mit POEA-haltigen Herbiziden gespritzt wurden, dürfen nicht sofort als Lebens- und Futtermittel verwendet werden. Man befürchtet, dass POEA über Futtermittel auf tierische Produkte übergehen und so zu einer Gefährdung der Gesundheit von Menschen führt.

Glyphosat konnte jedoch bereits in menschlichem Blut und Urin nachgewiesen werden. So wurden im Urin eines an Botulismus erkrankten deutschen



**Weizen**

Foto: Mike Wright

Bauern Glyphosat-Konzentrationen gemessen, die um das 1000-fache gegenüber den Vergleichspersonen belastet waren. Auch in Stallluft, Rinderkot und Futter wurden Glyphosat-Rückstände festgestellt. Zahlreiche Tiere sind bereits an Botulismus verendet. Insgesamt kann man in deutschen Ställen eine deutliche Zunahme an Tierkrankheiten beim Einsatz von genmanipulierten Futtermitteln feststellen. Allerdings wollen die Behörden keinen Zusammenhang zwischen dem Wirkstoff Glyphosat und Tierkrankheiten sehen.

Aktuelle Studien belegen gravierende gesundheitliche Risiken von Glyphosat, POEA und AMPA schon bei geringsten Konzentrationen. Besonders besorgniserregend sind Hinweise auf eine hormonelle Wirkung. Auch Krebs, Zelltod, Fruchtbarkeitsstörungen, Schädigung des Erbguts, der Embryonalentwicklung, des Immunsystems, der Leber und des Nervensystems zählen zu den Folgen.

Um Gesundheitsgefahren möglichst auszuschließen, müsste ein Anwender nicht nur Schutzanzug und Maske tragen, sondern sicher stellen, dass sich im Umkreis von 500m kein Lebewesen aufhält. In ländlichen Regionen Lateinamerikas, in denen glyphosatresistente Pflanzen angebaut werden, wird Roundup nahezu flächendeckend per Flugzeug versprüht. Die Anwohner sind schutzlos ausgeliefert. Dort hat sich von 2000 bis 2009 die Krebsrate bei

Kindern verdreifacht. Die Rate der Fehlgeburten und Fehlbildungen stieg nahezu um das Vierfache an.

Ob und in welchem Umfang Rückstände von Glyphosat in Nahrungsmitteln auftreten, wird nur sporadisch kontrolliert. Überprüft werden vor allem Gemüse und Obst, bei deren Anbau Glyphosat kaum angewendet wird. POEA-Kontrollen finden nicht statt.

Glyphosat reichert sich vor allem in Samen (Getreide, Mais, Soja etc.) an. Bei wiederholter und später Anwendung werden besonders hohe Rückstandswerte erreicht. In der EU gilt für Glyphosat in Sojabohnen ein extrem hoher Grenzwert für Rückstände von 20 mg/kg. Für das Hauptabbauprodukt AMPA existiert kein zulässiger Rückstandswert, obwohl AMPA-Gehalte bis zu 25 mg/kg gefunden wurden. Noch sind die Grenzwerte für andere Lebensmittel, die überwiegend für den menschlichen Verzehr vorgesehen sind, deutlich niedriger. Geht es nach Monsanto, sollen in der EU die Grenzwerte angehoben werden. Denn zur Zeit können zum Beispiel Linsen aus den USA auf Grund der Grenzwertüberschreitung nicht in die EU importiert werden. Für das weltweit am häufigsten eingesetzte Pflanzengift und seine gesundheitsschädlichen Begleitstoffe sind geeignete, einfache und zugleich kostengünstige Nachweisverfahren noch nicht einmal verfügbar.

## Mogelpackung Zulassungsverfahren

Die Zulassung der Pestizide beruht auf Daten und Studien, die Monsanto und Co selbst zur Verfügung stellen. Sie sollen die Unschädlichkeit der eigenen Produkte beweisen. Überprüft werden sie meist von Experten, deren Unabhängigkeit als umstritten gilt.

Industrie und Zulassungsbehörden sollen schon seit den 1980er Jahren ernstzunehmende Erkenntnisse über die Gesundheitsgefährdung durch Glyphosat vorliegen. Deutsche Behörden sollen von Studien über Missbildungen der Föten von Ratten und Kaninchen gewusst haben. Auch, dass diese dramatischen Folgen schon bei geringen Dosierungen beobachtet wurden, war wohl bekannt. Doch diese Risiken wurden einfach heruntergespielt. Der Vorwurf gilt den deutschen Behörden! Denn Deutschland ist als Berichterstatter („rapporteur member state“) für den Zulassungsprozess von Glyphosat verantwortlich. Das zuständige Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) vermittelt zwischen der Pestizidindustrie und der EU Kommission, wertet die Industriestudien aus und erstellt die Prüfberichte.

Obwohl die Hinweise auf Gesundheitsgefahren durch Glyphosat seit Jahrzehnten vorliegen und trotz immer neuer Studien, die auf die hohe Gefährlichkeit hinweisen, wurde die für 2012 anstehende Neuzulassung von Glyphosat von den EU-Behörden auf 2015 verschoben. Dafür wurde Ende 2010 extra eine neue EU-Richtlinie erlassen. Eigentlich wurde Glyphosat 2002 nur für zehn Jahre zugelassen. Die Zulassung wäre also 2011/2012 ausgelaufen. Ursprünglich basiert die Zulassung von Glyphosat auf Untersuchungen von 1987 bis 1994, also aus Zeiten vor der Einführung der genmanipulierten Sojabohnen.

Offenbar werden hier alleine die Lobbyinteressen berücksichtigt.

Diese Vorgehensweise ist unverantwortlich für Menschen und Umwelt!

## Gift für die Umwelt

Der Anbau genmanipulierter glyphosatresistenter Pflanzen führt zu großen Umweltbelastungen.

Man schätzt, dass weltweit jährlich 2,5 Millionen Tonnen Pflanzengifte gespritzt werden. Nur 0,3

Prozent davon kommen mit den Zielorganismen in Kontakt. 99,7 Prozent gelangen ungefiltert in die Umwelt, den Boden und die Gewässer.

Glyphosat dringt direkt oder über Pflanzenmaterial bzw. Wurzelausscheidung in den Boden ein, oder wird durch Regen von Pflanzen abgewaschen. Glyphosat schädigt das Bodenleben, fördert krankheitserregende Pilze, beeinträchtigt die Aufnahme von Mikronährstoffen sowie die Krankheitsabwehr der Pflanzen und mindert den Ertrag. Pflanzenkrankheiten, die bislang als beherrschbar galten, treten verstärkt auf. Besonders giftig ist Glyphosat für Insekten, Amphibien und Fische. Sterblichkeitsraten von 53 bis 100 Prozent sind bei Insekten keine Ausnahme.

Glyphosat und das wesentlich stabilere AMPA reichern sich im Boden an. Glyphosat hat eine Halbwertszeit (die Zeitdauer, bis die Hälfte seiner biologischen Aktivität verloren geht) von 3 bis 240 Tagen, die Halbwertszeit von AMPA beträgt 78 bis maximal 875 Tage.

Durch Auswaschung und Oberflächenabfluss gelangt Glyphosat in Grund- und Oberflächenwasser. In den USA wurden in Teichen Glyphosat-Spitzenwerte von 1700 Mikrogramm pro Liter gemessen. Der EU-Trinkwassergrenzwert beträgt 0,1 Mikrogramm pro Liter.

Das Totalherbizid reduziert die pflanzliche Artenvielfalt auf dem Acker. Dadurch fehlt Insekten und Vögeln Nahrung und Lebensraum. Durch die dramatische Ausbreitung lebensfeindlicher Soja-Monokulturen in Lateinamerika werden artenreiche Lebensräume wie Regenwälder und Savannen vernichtet.

## Explosion der Super-Unkräuter

Glyphosat verursacht eine starke Zunahme resistenter Unkräuter. Im Jahr 2000 - nach nur dreijährigem Gensojaanbau - wurden in den USA die ersten resistenten Unkräuter gefunden. Inzwischen haben sich 21 glyphosatresistente Arten auf Millionen Hektar, überwiegend in Anbaugebieten der genmanipulierten Pflanzen, ausgebreitet. Ihre Zahl steigt stetig an. Besonders hartnäckige Arten werden bis zu 2,5 m hoch und mindern massiv die Erträge.

Die Folge: Noch mehr Pflanzengifte.





Foto: David Hawgood, [creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/)

Glyphosat wird immer öfter gespritzt, die Dosierung erhöht und mehr und mehr zusätzliche Pflanzengifte ausgebracht. Inzwischen kommen auf einen Hektar Ackerfläche circa zehn Liter Gift. In den USA und in Lateinamerika steigt der Herbizidverbrauch jährlich rapide weiter an. Den Bauern entstehen dadurch Zusatzkosten von bis zu 44 Dollar pro Hektar. Von 2001 bis 2007 verdoppelte sich der Glyphosat-Einsatz in den USA auf über 80 Millionen Kilogramm pro Jahr. Die Veröffentlichung der Zahlen wurde daraufhin eingestellt. In Lateinamerika wurden nach Berechnungen allein 2008/2009 ca. 350 Millionen Liter Glyphosat gespritzt. Aber auch die rasche Ausweitung der RR-Sojaflächen um das 183-fache von 0,4 Millionen Hektar im Jahr 1996/97 auf 73 Millionen Hektar 2011 hat zu einem starken Anstieg des Glyphosat-Verbrauchs geführt. Im Wechsel mit Glyphosat werden wieder „alte“, extrem giftige Herbizide eingesetzt, unter anderem Paraquat, 2,4-D und Dicamba. Dabei ist Paraquat höchst umstritten und auf Grund seiner hohen Humantoxizität seit 2007 in der EU verboten. Daher entwickelt die Industrie so genannte „stacked events“, Gen-Pflanzen, die nicht nur Glyphosat, sondern auch weitere Herbizide überleben, die zusätzlich oder als Gemisch mit Glyphosat gespritzt werden. Doch die Unkräuter sind schneller: Einige sind bereits jetzt gegen mehrere Herbizide resistent.

Selbst Monsanto empfiehlt inzwischen den Einsatz zusätzlicher Herbizide und traditionelle Regulierungsmethoden. Weil die resistenten Unkräuter nicht mehr zu beherrschen sind, geben die ersten Landwirte bereits ihre Höfe auf.

### **Das Umweltinstitut München e.V. fordert:**

1. Verkaufsstopp glyphosathaltiger Pflanzengifte an Privatpersonen
2. Stopp des Einsatzes glyphosathaltiger Pflanzengifte in der Landwirtschaft
3. Importstopp genmanipulierter Lebens- und Futtermittel

### **Weitere Informationen zum Thema:**

- FAQs zum Thema Gentechnik:  
<http://umweltinstitut.org/fragen--antworten/gentechnik/gentechnik-24.html>
- Gentechnik – Basisinformationen:  
[http://umweltinstitut.org/gentechnik/allgemeines-gentechnik/basisinfos\\_01-755.html](http://umweltinstitut.org/gentechnik/allgemeines-gentechnik/basisinfos_01-755.html)
- Gentechnik im Tierfutter:  
[http://umweltinstitut.org/gentechnik/lebensmittel/gentechnik\\_im\\_tierfutter-504.html](http://umweltinstitut.org/gentechnik/lebensmittel/gentechnik_im_tierfutter-504.html)

*Hier können Sie aktiv werden:*

[www.umweltinstitut.org/roundup\\_verbieten](http://www.umweltinstitut.org/roundup_verbieten)

*Stand: September 2011*

# Ökosteuer: Weiterführung von Spitzenausgleich „für lau“ verstößt gegen EU-Recht

### Deutsche Umwelthilfe e.V.

So genannte „Effizienzvereinbarung“ von Regierung und Industrie verletzt auch das Demokratieprinzip und widerspricht dem Energiekonzept der Bundesregierung - Deutsche Umwelthilfe kündigt Beschwerde bei EU-Kommission an - Steuermindereinnahmen des Bundes in zweistelliger Milliardenhöhe stehen praktisch keine ökologischen Gegenleistungen der begünstigten Unternehmen gegenüber.

Die Bundesregierung plant ein Steuergeschenk in Höhe von weit mehr als 20 Milliarden Euro über zehn Jahre für Teile des produzierenden Gewerbes. Die im engen Schulterschluss mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) ausgehandelte Weiterführung des so genannten Spitzenausgleichs ab 2013 wird dabei entgegen öffentlichen Beteuerungen der Bundesminister Philipp Rösler (FDP) und Peter Altmaier (CDU) praktisch ohne Gegenleistung gewährt. Darauf hat die Deutsche Umwelthilfe e. V. (DUH) hingewiesen und angekündigt für den Fall der Verabschiedung der Regelung im Bundestag bei der EU-Kommission in Brüssel Beschwerde einzureichen.

Die von der Bundesregierung mit BDI und BDEW flankierend abgeschlossene „Vereinbarung zur Steigerung der Energieeffizienz“ diene einzig dem Zweck, eine nach EU-Recht für die Gewährung von Steuerentlastungen erforderliche Gegenleistung zu suggerieren und auf diese Weise, die Zustimmung der EU-Kommission zu erhalten. „Was wir hier erleben, ist in Wahrheit die unverblümete Fortsetzung der einseitigen Verschiebung der Lasten von Energiewende und Klimaschutz auf private Haushalte und Mittelstand zugunsten der Industrie“, sagte die Leiterin Klimaschutz und Energiewende der DUH, Cornelia Ziehm. Die getroffenen Regelungen und Vereinbarungen widersprechen nach Überzeugung der DUH auch dem von der Bundesregierung selbst vor zwei Jahren beschlossenen Energiekonzept. Danach sollten ab 2013 nur solche Betriebe weiter vom Spitzenausgleich profitieren, die Energie-

einsparungen auch tatsächlich nachweisen. Davon ist keine Rede mehr.

Die Effizienzvereinbarung, die bis 2022 gelten soll, begründet darüber hinaus erhebliche Zweifel im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit dem Demokratieprinzip, weil sie im Fall ihres Inkrafttretens den Handlungsspielraum von mindestens drei nach der Entscheidung gewählten Parlamenten massiv einschränkt. Vor allem aber verstoßen die vereinbarten Regelungen gegen das EU-Beihilfe- und Energiesteuerrecht, das derartige Entlastungen abhängig macht von realen ökologischen Gegenleistungen.

Die vorgesehenen Regelungen schreiben maximal den langjährigen Trend der Verbesserung der Energieeffizienz fort und erlegen zudem den begünstigten Unternehmen - auch dies im Gegensatz zu einem frühen Regelungsentwurf aus dem Bundesfinanzministerium - keinerlei individuelle Nachweispflichten über durchgeführte Effizienzverbesserungen auf. Tatsächlich wird von den begünstigten Unternehmen nicht einmal verlangt, irgendwelche Maßnahmen zur Verbesserung der Effizienz real durchzuführen.

Der so genannte Spitzenausgleich „komplettiert“ für etwa 23.000 Unternehmen des produzierenden Gewerbes die Entlastung von der Ökosteuer (s. Hintergrund am Ende dieser PM). Für das Jahr 2013 rechnet die Bundesregierung allein dadurch mit Steuermindereinnahmen von 2,3 Milliarden Euro. Für die Jahre 2013 und 2014 werden die begünstigten Unternehmen zu keinerlei realen Fortschritten bei ihrer Energieintensität verpflichtet. Ebenso wenig die begünstigten Wirtschaftszweige insgesamt. Für 2015 genügt es, wenn ein Unternehmen ein Energiemanagementsystem bzw. Energieaudit eingeführt hat (nicht etwa betreibt) und der begünstigte Wirtschaftszweig insgesamt (etwa 110.000 Unternehmen) einen Zielwert von 1,3 Prozent bei der Reduzierung der Energieintensität nachweist. Dieser Zielwert entspricht exakt der nach einer Trendprognose der EU in Deutschland zu erwartenden Reduktion (business as usual). Zusätzliche Anstrengungen sind nicht erforderlich.<sup>1</sup>

2016 soll der Zielwert schließlich um 0,05 Prozentpunkte erhöht werden (auf 1,35 %). 2017 wird „evaluiert“ und für die Jahre 2019 bis 2022 wurden keine weiteren Zielwerte vereinbart.

Umweltminister Peter Altmaier, der die Effizienzvereinbarung mit gezeichnet hat, feiert die Einführung von Energiemanagementsystemen und Energieaudits wie sein Kollege Philipp Rösler als großen Fortschritt. Das ist nach Überzeugung der DUH nicht nur deshalb „irreführend“, weil die begünstigten Unternehmen diese Verfahren erst ab 2016 anwenden müssen und darüber hinaus aufgrund der daraus gewonnenen Erkenntnisse zu keinerlei Maßnahmen verpflichtet werden. Es ist vor allem auch bemerkenswert, weil die im Juni 2012 verabschiedete Energieeffizienz-Richtlinie der EU ohnehin entsprechende Regelungen ab dem Jahr 2015 vorschreibt. Das, was als freiwillige Sonderleistung dargestellt wird, ergibt sich in Wirklichkeit bereits aus zwingendem EU-Umweltrecht.

„Für uns ist es ein Rätsel, wie ein amtierender Umweltminister mit federführender Zuständigkeit für den Klimaschutz einer Regelung zustimmen konnte, die so offensichtlich nicht dem Klimaschutz, sondern lediglich der kreativen Interpretation der EU-Beihilferichtlinien dient“, sagte Gerd Rosenkranz, der Leiter Politik und Presse bei der DUH.

Wie bei den Entlastungen großer Teile der Industrie von der EEG-Umlage, von den Stromdurchleitungsgebühren oder zuletzt bei der skandalösen Haftungsregelung für Verzögerungen bei der Anbindung von Offshore-Windparks an das Stromnetz, könnten die bekennenden und heimlichen Gegner der Energiewende im Regierungslager durch ihre Politik mit einer „doppelten Dividende“ rechnen. Zum einen werde die im Wahlkampf wichtige Großindustrie gegenüber den Regierungsparteien friedlich gestimmt. Zum andern könnten die Bremser darauf hoffen, dass die Energiewende bei denen, die nach dem Willen der Regierung dafür bezahlen sollen, auf immer weniger Zustimmung stößt. Rosenkranz: „Wir fordern die Energiewendeanhänger in den Regierungsparteien auf, die perfide Unsinnregelung im Bundestag gemeinsam mit der Opposition zu stoppen.“

### **Hintergrund: Der Spitzenausgleich**

Im Jahr 1999 wurde die Ökosteuern eingeführt.

Einen Teil der resultierenden Einnahmen überweist der Bund der gesetzlichen Rentenversicherung. Dadurch sparen die Arbeitgeber Versicherungsbeiträge. Die für bestimmte Produktionsprozesse benötigte Energie ist allerdings von vornherein vollständig oder teilweise von der Ökosteuern befreit. Weil die entsprechenden Betriebe keine Ökosteuern oder nur einen reduzierten Satz zahlen, aber trotzdem Rentenbeiträge einsparen, profitieren sie per Saldo von der Ökosteuern - ohne einen zusätzlichen Umweltnutzen zu erbringen. Es gibt aber auch Unternehmen, die mehr Ökosteuern zahlen, als sie an Rentenversicherungsbeiträgen einsparen. Hier greift der so genannte Spitzenausgleich. Er ist eine Steuerbegünstigung für energieintensive Nutzer im produzierenden Gewerbe und gekoppelt an die Entwicklung des Arbeitgeberanteils an den Rentenversicherungsbeiträgen. Er soll sicherstellen, dass die Energiesteuerbelastung für die Industrie nicht wesentlich über der Ermäßigung liegt, die durch die Verringerung des Arbeitgeberanteils an den Rentenversicherungsbeiträgen erzielt wird. Konkret werden denjenigen Betrieben, die den Spitzenausgleich in Anspruch nehmen, 90 Prozent der Differenz zwischen gezahlter Ökosteuern und eingesparten Rentenversicherungsbeiträgen erstattet. 2012 entspricht das in der Summe voraussichtlich einem Volumen von 2,3 Milliarden Euro.

---

<sup>1</sup> Im Gegenteil: Wegen des statistischen Effekts des nach der so genannten Wirkungsgradmethode auf 33 % festgelegten Wirkungsgrades von Atomkraftwerken (Erneuerbare Energien: 100 %; moderne Erdgaskraftwerke etwa 60 %) wird die Industrie schon durch die Abschaltung jedes Atomkraftwerks, dessen Stromerzeugung durch Elektrizität aus Erneuerbaren Energien, Effizienten Gas- oder neuen Kohlekraftwerken ersetzt wird, scheinbar „effizienter“, was die Zielerreichung weiter erleichtert. Masiv in dieselbe Richtung wirkt der erwartete starke Ausbau der Erneuerbaren Energien bis 2022, der allein einen Großteil der angekündigten Effizienzverbesserungen rein „statistisch“ einlösen wird.

*Das DUH-Hintergrundpapier finden Sie unter folgendem Link: [http://duh.de/pressemitteilung.html?&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=2907](http://duh.de/pressemitteilung.html?&tx_ttnews[tt_news]=2907)*

# Eurokrise & Nachhaltigkeit

### Ein Debatten-Beitrag aus der Umweltbewegung

Die sich zuspitzende Eurokrise ist das beherrschende Thema im Sommer 2012. Die Berichterstattung pendelt zwischen Verharmlosung und Panikmache, und die Sorgen der Menschen nehmen zu. Die gesellschaftliche Debatte um Krisenursachen und Lösungsansätze wird (zumeist von den Verursachern der Krise) intensiv geführt, nur die Ökologiebewegung meldet sich nicht zu Wort. Das sollte sich ändern, meint BUND-Geschäftsführer Axel Mayer.

Mit Staatsschuldenkrise im Euroraum wird die massive Verschuldungskrise einiger Mitgliedstaaten der Eurozone (Griechenland, Spanien, Italien, Irland...) bezeichnet. Doch nicht nur der Euroraum ist Schulden- und Krisenland.

Die USA stehen sozial und wirtschaftlich noch viel schlechter da als der Euroraum, auch wenn der Wirtschaftskrieg der amerikanischen Ratingagenturen gegen Europa ein anderes Bild vorgaukelt. Die USA waren zu Beginn des Jahres 2012 mit unglaublichen 15.033.867.390.294 Dollar verschuldet.

Über Wege aus der Krise wird intensiv diskutiert.

1. Liberale und konservative Parteien setzen auf Deregulierung, Sozialabbau und Verlängerung der Lebensarbeitszeit.
2. Noch mehr Geld soll in die Rettung von maroden, nicht zu kontrollierenden Banken investiert werden.
3. Mehr soziale Gerechtigkeit und vor allem mehr Steuergerechtigkeit sind ein wichtiger und richtiger Ansatz von linken und grünen Parteien, um die Krise und das Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern.
4. Mehr Wachstum soll die Probleme lösen, sagt das Parteienspektrum von links bis rechts, und auch den GRÜNEN fällt nichts Besseres ein.

### Eine der Ursachen der Krise ...

... war gerade das auf Schulden gebaute, teilweise zerstörerische Wachstum der letzten Jahrzehnte. Die gigantische Immobilienblase in Spanien ist dafür das beste Beispiel. Die spanische Baublast gründete in den Erwartungen der Investoren und



**Neubau EZB** Foto: Norbert Nagel, "Creative Commons Attribution/Share-Alike"-Licence 3.0.

Käufer, die Immobilienpreise würden ständig wachsen und steigen. Die Banken förderten dieses krebstartige Wachstum (das auch Spaniens Küsten zerstörte), indem sie immer weitere Kredite vergaben. In der Wachstumsphase wurde (und wird!) Kritik generell ignoriert. Mit ihrer Kreditpolitik halfen die spanischen Banken mit, die Immobilienblase aufzublähen, bis das System zusammen brach. Eine ähnliche Immobilienblase hat vor Jahrzehnten die japanische Krise ausgelöst. Doch beide Blasen sind nur Bläschen in einer globalen Endphase exponentiellen Wachstums.

### Und zukünftig soll mehr Wachstum die europäischen Probleme lösen?

Bei einem anhaltenden Wachstum von 3% verdoppelt sich das Bruttosozialprodukt alle 23 Jahre, bei 5% sogar bereits alle 14 Jahre ... Wie soll das dauerhaft gehen? (Diese Kritik ist keine Ideologie, sondern schlichte Mathematik.)

Neue Straßen, Autobahnen, Flugplätze, geplante Obsoleszenz [1], der Rummelplatz Nürburgring, teure, schlecht gebaute und extrem kurzlebige staatliche Bauten wie die Pinakothek der Moderne



in München und die Universitätsbibliothek Freiburg [2] als Lösung aller Probleme? Haben wir nicht jahrzehntelang mit europäischen Geldern Südeuropa mit einem unsinnig überdimensionierten Straßennetz überzogen? So sahen und sehen die Konjunkturprogramme häufig aus, und leider haben auch manche linken Beton-Politiker immer noch diesen rückwärtsgewandten Fortschrittsglauben.

Dass neue Straßen, Flugplätze und staatliche Protzbauten dann auch von Schuldenstaaten mit hohen Kosten unterhalten, gepflegt und repariert werden müssen, wird von den Konjunkturprogrammpolitikern gerne übersehen.

### **Konjunkturprogramm Abwrackprämie?**

Ein klassisches Beispiel für zerstörerische Konjunkturprogramme war die „Richtlinie zur Förderung des Absatzes von Personenkraftwagen“ im Jahr 2009. Wer sein über 10 Jahre altes Auto verschrottet, bekam bei gleichzeitiger Anschaffung eines Neuwagens eine so genannte Umweltprämie von 2500 Euro. Hans Magnus Enzensberger gab der „Umweltprämie“ den richtigen Namen. Er schrieb: „Die Abwrackprämie ist eine Belohnung für die Vernichtung von Gebrauchsgegenständen; ihr Besitzer empfängt diese Prämie, die er als Steuerzahler entrichtet.“ Die Abwrackprämie war tatsächlich auch eine Umwelt- und Wertzerstörungsprämie, und der Begriff „Umweltprämie“ war orwellsches Neusprech.

### **Jetzt wird gesagt ...**

... die Griechen, Italiener und der Rest der Welt sollten so arbeiten und produzieren wie die Deutschen, und die ökonomischen Probleme Europas wären gelöst. Doch trotz Wirtschaftswachstum und hoher Produktivität wächst in Deutschland der staatliche Schuldenberg auch im Jahr 2012 weiter. Die deutsche Staatsverschuldung lag im August 2012 bei 2.102.726.757.072 EUR (2.103 Milliarden). Nicht einmal Deutschland ist in der Lage, „in guten Zeiten“ (in denen der private Reichtum wächst) den Schuldenberg abzutragen. Wenn alle Länder nach deutschem Vorbild Exportländer werden, brauchen wir tatsächlich Kolonien auf dem Mars, denn irgendwo müssen die Produkte schließlich hin...

### **Deutschland hat im Jahr 2012 noch eine Sondersituation**

Europa ist auch darum in der Krise, weil wir alle gerne 30 Euro in der Stunde verdienen und gleichzeitig liebend gerne Produkte kaufen, die in China und Indien unter Sklavenhalterbedingungen für einen Stundenlohn von 50 Cent produziert wurden. Gier ist leider kein Privileg der Reichen, auch wenn die Gier der Reichen zerstörerischer ist...

Südeuropa ist auf dem globalen Markt schon lange nicht mehr wettbewerbsfähig, und die hochwertigen Maschinen und Produkte, die Deutschland noch exportieren kann, werden in wenigen Jahren auch in Asien billiger hergestellt als bei uns. Einen gesättigten Markt mit immer neuen, kurzlebigeren und immer überflüssigeren Produkten zu überschwemmen, ist keine dauerhafte Problemlösung. In einen neoliberalen Deregulierungs- und Lohnwettkampf mit Asien einzusteigen, würde Revolten auslösen und wäre selbstmörderisch.

### **Der zunehmende Niedriglohnsektor**

... in Deutschland führt bereits jetzt zu sozialer Verelendung, und menschenwürdige Renten werden die Niedriglöhner nie erhalten. Soziale Gerechtigkeit liegt auch im Interesse der noch verbliebenen Mittelschicht, denn ansonsten wird alles, was noch ein wenig Geld hat, zukünftig in bewachten Ghettos wohnen und Angst haben, was der Lebensqualität nicht unbedingt dient.



Graphik: Wiki Commons

# Verbände, Organisationen

---

## Wenn tatsächlich „der Rest Europas und die ganze Welt“ ...

... so leben und produzieren würde wie  $\frac{2}{3}$  der Deutschen, dann wären die globalen Rohstoffreserven in wenigen Jahren erschöpft, und wer sollte die ganzen Produkte eigentlich kaufen und konsumieren? Das Versprechen vom unbegrenzten Wachstum, in dem die Gier immer schneller wächst als die Menge der produzierten Produkte, ist eine Illusion und einer der zentralen, nicht diskutierten Gründe für die global wachsende Krise.

## Auch in den aktuellen Finanzkrisen dürfen wir nicht vergessen ...

... dass hundertfünfzig Jahre Industrialisierung dazu geführt haben, dass die in vielen Millionen Jahren geschaffenen Energievorräte und Rohstoffreserven der Welt zur Neige gehen. Das menschengemachte Artensterben und der Klimawandel nehmen zu und fast eine Milliarde Menschen hungern. Wir erleben und erleiden die beginnenden multiplen Krisen eines nicht nachhaltigen Raubbausystems. Die nachfolgenden Generationen werden unser Zeitalter - mit Überfluss und Hunger - eine Zeit des Raubbaus und der Barbarei nennen. Überkonsum, geplante Obsoleszenz, staatliche Protzbauten, neue Straßen und Flugplätze machen die Menschen nicht glücklicher.

## Es ist bedauerlich ...

... dass die Umweltbewegung die aktuellen Krisen nicht offensiver als Krisen eines generell falschen, nicht nachhaltigen, unökologischen Wirtschaftens aufzeigt und in der aktuellen Debatte still am Rande steht. Zwischen neoliberalen Deregulierungsphantasien und falschen Wachstumsträumen müssen wir einen dritten Weg globaler Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit aufzeigen unter Berücksichtigung der Menschenrechte, wie er beispielsweise im Buch „Zukunftsfähiges Deutschland“ beschrieben ist.

- Eine konsequente, schnelle Energiewende wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung, der auch Arbeitsplätze schafft
- Schuldenabbau, ein gerechteres Steuersystem und Schließung der Steuerschlupflöcher sind unabdingbar

- Eine Neuordnung der Finanzmärkte und eine Finanztransaktionssteuer sind dringend erforderlich
- Nachhaltigkeit geht nur mit sozialer Gerechtigkeit
- Die weniger werdende Lohnarbeit (regional und global) gerechter zu verteilen, ist unverzichtbar
- Gute, sinnvolle, langlebige, reparaturfähige Produkte in Europa herzustellen und diese möglichst lange zu nutzen, wäre ein richtiger Ansatz.
- Das Buch „Zukunftsfähiges Deutschland“ und die Toblacher Thesen [3] zeigen Wege aus der Misere.

## Wenn in Europa die Menschen gegeneinander ausgespielt werden ...

... um von den Ursachen und Verursachern der Krise abzulenken, wenn es heißt „Deutschland gegen Griechenland“ und „Süden gegen Norden“, dann muss die Umweltbewegung aufstehen und zeigen, dass sie Europa mit erkämpft hat und für Europa steht. Nicht für das Europa der Konzerne, Banken und Bürokraten, sondern für ein zukunftsfähiges, gerechtes Europa der Menschen und der echten Nachhaltigkeit.

## Die Hintergründe der aktuellen Probleme...

... sind Staatsverschuldung, Habgier, Banken- und Konzernmacht, Staatsgläubigkeit, Bürokratie, Deregulierung der Finanzmärkte und immer neue Finanzkonstrukte, Überkonsum, Wachstumswahn, soziales Unrecht (regional und global), Energie-, Rohstoff- und Arbeitszeitverschwendung. Wir leben in einem System, das nur funktioniert, wenn es wächst und sich damit zwangsläufig selbst zerstört. Es ist an der Zeit, dass sich die Umweltbewegung in die aktuelle Krisen-Debatte einmischt.

Ein persönlicher Meinungsbeitrag von Axel Mayer

- <http://www.mitwelt.org/geplante-obsoleszenz.html>
- <http://tinyurl.com/cwy2per>
- <http://www.bund.net/suedlicher-oberrhein/toblacher-thesen.html>

# Newsletter Umweltgewerkschaft; April 2012

Liebe Umweltfreundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Dezember 2011 stellten wir erstmalig in einem offenen Brief die Idee einer Umweltgewerkschaft vor (siehe [www.total-recycling.org](http://www.total-recycling.org)). Ausgangspunkt war, dass die Lebensgrundlagen und die Zukunft der heutigen und zukünftigen Generationen existentiell in Frage gestellt sind und dass die Umweltbewegung eine Überlegenheit gegenüber den Hauptverursachern, den internationalen Monopolen und Banken, erreichen muss. In der Zwischenzeit hat sich die Notwendigkeit solch einer breit aufgestellten und schlagkräftigen Organisation deutlich gezeigt.

## Umweltgewerkschaft und Arbeitskämpfe in der Solarindustrie

In den letzten Wochen wurde die Solarbranche bei uns durch das „Solarausstiegsgesetz“ der Bundesregierung und den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt nahezu liquidiert. Inzwischen haben die ehemaligen Weltmarktführer Q-Cells (2.000 Arbeitsplätze) und Solon Insolvenz angemeldet. Der amerikanische Konzern First Solar (1.200 Arbeitsplätze) in Frankfurt/Oder schließt nach Abschöpfung von Millionen Steuergeldern jetzt seine Tore. Weitere Insolvenzen sind Scheuten Solar, OderSun und Solarhybrid. Insgesamt sind mehr als 5.000 Arbeitsplätze direkt betroffen. Der erfolgreiche Ausbau der Solarenergie ist den Energie- und Atomkonzernen ein Dorn im Auge. Dagegen protestierten mit Unterstützung der IGM und IG BCE 11.000 Beschäftigte der Solarindustrie sowie zahlreiche betroffene Handwerksbetriebe am 5.3.2012 in Berlin. Gerade in diesen Kämpfen stieß der Vorschlag für eine Umweltgewerkschaft auf großes Interesse. Etwa 60 Unterschriften für den Aufbau einer Umweltgewerkschaft wurden gesammelt. Die Erwartung der Kolleginnen und Kollegen an solch eine Organisation besteht darin, den Kampf für Arbeitsplätze und Umwelt als Einheit über alle Branchen hinweg zu führen und den Plänen der Energiekonzerne das Handwerk zu legen. Unter Facharbeitern und Ingenieuren besteht darüber hinaus der

**Wir möchten Ihnen die Idee einer Umweltgewerkschaft vorstellen!**

Dozentur 2011

Liebe Umweltfreundinnen und Umweltfreunde!  
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Viele Fragen und Konflikte zur Zukunft unseres Planeten bewegen uns anlässlich der UN-Weltklimakonferenz in Durban:

- Mit dem höchsten CO<sub>2</sub>-Ausstoß seit Menschengedenken schreitet der Umschlag in die Klimakatastrophe rasant voran, aber das internationale Finanzkapital und seine Regierungen in den mächtigsten Ländern der Erde sehen keinerlei Anlass, dem ernsthaft Einhalt zu gebieten.
- Grüne Technologie wird zum Exportschlager – „umweltverträgliche Produktion“ aber nur verwickelt, wenn damit maximale Gewinnmargen in Aussicht stehen.
- Umweltschutz und Arbeitsplätze werden demagogisch gegeneinander ausgespielt und damit Umwelt- und Arbeiter/Gewerkschaftsbewegung in Konkurrenz zueinander gebracht.
- Die Umweltbewegung in Deutschland hat viel geleistet und gerade im letzten Jahr weltweite Ausstrahlung erhalten – aber ihre Aktivitäten sind oft zersplittert, lediglich projektbezogen und ihr fehlt die internationale Verbundenheit mit nachhaltig verlässlichen Bündnispartnern.

Die Menschheit steht an einem Scheideweg: Die Lebensgrundlagen und die Zukunft der heutigen und zukünftigen Generationen sind existenziell in Frage gestellt. Wie kann die Umweltbewegung eine Überlegenheit gegenüber den Hauptverursachern erreichen? Dieses Ziel erfordert eine neue Qualität der Umweltbewegung und damit auch Ihrer Organisiertheit. Auf diesem Hintergrund möchten wir Ihnen/ euch die Idee einer Umweltgewerkschaft vorstellen und zur Diskussion anregen.

Ähnlich existenziell wie sich die Arbeiterinnen und Arbeiter vor mehr als 150 Jahren zu Gewerkschaften zusammengeschlossen haben, um sich gegen soziale Ausbeutung zu verteidigen, würde eine „Umweltgewerkschaft“ zur Verteidigung der Lebensgrundlagen der Menschheit der heutigen Dramatik entsprechen:



Professor Dr. Christian Joch, Präsident der 2008 Vorsitzender der Bürgerbewegung für Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz, BfU, Institut für Umweltphysik an der Universität Göttingen



Detlef Puppe, Betriebsratsvorsitzender der abbaun Control-Bereich, IGM/IG Metall-Dagegenkonferenz, BfU, IG Metall, Kommission Testfeldbewegung IGM



Karin Puppel, Betriebsratsvorsitzende der Inventa-Technologies AG



Diplom.-Ing. Jochen Scheef, Anführer, abba gegen Stützet 21

Wunsch, dass eine Umweltgewerkschaft Einfluss darauf nimmt, was produziert wird im Interesse einer zügigen 100% Energiewende.

## Die Diskussion um den Vorschlag wird breiter

Unter anderem in Göttingen, Berlin und Thüringen gab es Diskussionsveranstaltungen zu unserem Vorschlag. Bei einer Podiumsdiskussion zum Thema „Energiewende und Arbeitskampf“ an der Hochschule für Technik und Wissenschaft in Berlin wurde die Idee einer Umweltgewerkschaft ebenfalls vorgestellt. Am Fukushima Jahrestag wurden Unterstützer und Unterstützerinnen für den Vorschlag gewonnen. Unter Arbeitern wurde der Gedanke einer Umweltgewerkschaft zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen positiv aufgenommen. In vielen Bereichen und international wird der Begriff der Gewerkschaft benutzt, weil er eine Verbindlichkeit der Organisation von unten mit dem Vorbild der Kraft der organisierten Arbeiterbewegung zum Ausdruck bringt: Frauengewerkschaft, Bauergewerkschaft, Steuergewerkschaft oder Studentengewerkschaft. Eine Umweltgewerk-

schaft ist keine Konkurrenz zu den Gewerkschaften. Im Gegenteil: Die Umweltgewerkschaft kann nur in Einheit mit der unbedingten Stärkung der Industriegewerkschaften entstehen und dazu beitragen, dass auch in den DGB Gewerkschaften die Umweltfragen einen anderen Stellenwert bekommen und spalterische Argumente von „Arbeitsplätze kontra Umweltschutz“ überwunden werden. Sie geht aber über deren Ziele hinaus und umfasst breiteste Kräfte der Gesellschaft.

Auf einer Veranstaltung zur Vorbereitung des 7. Automobilarbeiterratschlags im Februar in Rüsselsheim mit über 50 Teilnehmern wurde festgestellt: Alternative Antriebe (Elektromotor, Brennstoffzelle) und die Technik sind vorhanden (Strom aus regenerativer Energie, Ladesysteme usw.): eine schnelle Umstellung auf emissionsfreie Fahrzeuge und moderne Verkehrssysteme statt Individualverkehr ist heute technisch möglich und ist ein positives Konzept für mehr Arbeitsplätze und zum Schutz der natürlichen Umwelt. In mehreren Beiträgen kam der Stolz der Arbeiter heraus, dass sie Träger dieser Produktion sind, sie aber auch eine moderne umweltfreundliche Produktion und Gesellschaft gestalten könnten. Dies wird jedoch von den Automobilkonzernen verhindert, da sie die Verfügungsgewalt über die Produktion haben. Selbstkritisch wurde in Beiträgen festgestellt, dass man sich in der Umweltfrage mehr sachkundig machen muss, damit man die Verantwortung übernehmen kann. Ein Kollege meinte: „Die Arbeiter haben eine große Stärke, auch international: die Automobilarbeiter haben Erfahrung in der Organisation weltweiter Aktionstage, Organisation von Solidarität, Streiks und Zurückschlagen von Angriffen.“

### **Wie soll es weiter gehen, was sind die nächsten Schritte?**

Bisher gibt es bundesweit ca. 170 Interessierte. Der Vorschlag zur Umweltgewerkschaft ist allerdings noch sehr begrenzt bekannt gemacht und soll noch viel breiter in die Diskussion eingebracht werden. Um systematisch weitere Interessierte zu erfassen, hat die Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz Postkarten entworfen, mit denen man sich melden kann ([www.total-recycling.org](http://www.total-recycling.org)).

Ein erstes Treffen des bisherigen Initiatorenkreises und weiterer Interessierter an der Umweltgewerkschaft ist für Samstag 19.5.2012 von 15.30 bis 18.30 Uhr auf dem 7. Internationalen Automobilarbeiterratschlag (17. bis 20.5.2012) geplant. Dort sollen möglichst Prinzipien für die Initiatoren beschlossen sowie ein Koordinierungsausschuss gewählt werden. Dazu wird ein Vorschlag für Prinzipien Anfang Mai veröffentlicht ([www.iaar.de](http://www.iaar.de) sowie [www.total-recycling.org](http://www.total-recycling.org)).

Es gibt den Vorschlag, die Vorbereitungsphase bis Pfingsten 2013 fortzuführen und eine Strategiekonferenz zur Umweltgewerkschaft am Pfingstmontag 2013 im Ruhrgebiet durchzuführen. Bei ausreichender Breite und Vereinheitlichung könnte dann die Gründungsphase, d.h. die Vorbereitung eines Gründungskongresses eingeleitet werden.

### **Herzliche Einladung zum 7. Internationalen Automobilarbeiterratschlag in München**

Alle Automobilarbeiter und ihre Familien sowie alle, die sich mit der Automobilarbeiterbewegung verbunden fühlen, sind willkommen. „Angesichts der dramatischen Verschärfung der globalen Umweltkrise stehen die Automobilarbeiter in der Verantwortung, weltweit ihre Kraft und ihre internationale Verbundenheit für den Kampf zur Rettung der Umwelt vor der Profitwirtschaft einzusetzen“ (aus [www.iaar.de](http://www.iaar.de)). Frank Hammer (USA) und Prof. Jooß werden zum Thema Auto und Umwelt ein Impulsreferat halten. Wir werden dort außerdem mit anderen Umweltschützern ein Diskussionsforum „Brauchen wir eine Umweltgewerkschaft?“ am Freitag 18.5.2012 von 14.30 bis 18.00 Uhr durchführen.

Herzliche Grüße

*Prof. Dr. Christian Jooß (Vorsitzender der „Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz), Dietmar Kupfer (Betriebsrat Johnson Controls Bochum), Karin Puppel (Betriebsratsvorsitzende Inventux Technologies AG), Diplom-Ing. Jochen Schaaf (Architekt, aktiv gegen Stuttgart 21)*

*Kontakt: Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz; Schmalhorststraße 1c, 45899 Gelsenkirchen, [info@total-recycling.org](mailto:info@total-recycling.org)*



# Rio+20 scheitert an globaler Ungleichheit

**Johannes Pernsteiner**

Nach der ersten Enttäuschungswelle über den Rio+20-Gipfel läuft die Suche nach den Ursachen des Scheiterns. „Die Ergebnisse verdeutlichen, wie gegenläufig die Prioritäten der reichen und armen Länder sind“, so das Urteil von Philip Campbell, Chefredakteur der Zeitschrift „Nature“

Am besten zeige die Stadt Rio de Janeiro selbst diesen Miasma: Villen und Luxusstrände findet man hier Tür an Tür mit Favelas-Elendsvierteln. Dieser auch globale Kontrast sei schuld am Ausbleiben von Mut und Verbindlichkeit.

### Wiederholung statt Neues

49 Seiten dünn ist das Abschlussdokument „The future we want“, das die UN-Konferenz Rio+20 am 22.6.2012 verabschiedet hat. Es schafft Grundlagen für die Formulierung von Zielen nachhaltiger Entwicklung, die 2015 nach Auslaufen der UN-Millenniumsziele angepeilt werden sollen. Weiters bekräftigt es Anstrengungen zur Reduktion des Konsums sowie zur Verbesserung der Energiesysteme, ruft zu einer „grüneren“ Wirtschaft auf und fordert einen internationalen Mechanismus zum Erhalt der Biodiversität in den Meeren.

Schon im Vorfeld waren die Erwartungen sehr niedrig und wichtige Politiker sagten die Teilnahme ab, darunter auch Angela Merkel, die Schweizer Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf und Österreichs Umweltminister Nikolaus Berlakovich. Die Reaktionen lagen auf selber Linie und lauteten von „visionslos“ und „völlig unzureichend“ bis hin zu „Begräbnis des Umweltschutzes“.

Aufschlussreich ist die Textanalyse der Wiener Ökonomin Sigrid Stagl: Das Dokument verwendet 14 Mal „reiterate“ (wiederholen), 60 Mal „affirm“ (bestätigen) und 99 Mal „support“ (unterstützen) – doch nur fünf Mal „we will“ (wir werden).

### Wachstum für Süden Priorität

Die Ziele der G77-Entwicklungsländer unterscheiden sich deutlich von jenen der reichen Welt, glaubt Nature-Experte Campbell zu erkennen. „Die Armut ist heute unsere größte Herausforderung, nicht der

Klimawandel oder die Umwelt“, formulierte etwa Brasiliens Chefverhandler Luiz Alberto Figueiredo Machado. So blockierten die G77-Vorschläge globale Umweltgrenzwerte und beanstandeten auch die „Green Economy“, da der Rahmen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung fehle. Laut Indiens Premier Manmohan Singh sind inklusives Wachstum und steigendes Pro-Kopf-Einkommen „Imperative der Entwicklung“.

„Die Industrieländer sind zu beschäftigt mit ihren eigenen Wirtschaftskrisen, um neue und größere finanzielle Verpflichtungen für den Süden einzugehen. Im Abschlusstext fehlen konkrete Antworten auf drängende Fragen der Entwicklungshilfe“, analysiert Campbell. Fortschritte habe es zwar bei den Hunderten von Begleitveranstaltungen in Rio gegeben etwa zu erneuerbarer Energie, zudem gab es Zugeständnisse von über 513 Mrd. Dollar für Initiativen nachhaltiger Entwicklung. Diese Bottom-Up-Aktionen seien aber zu wenig oder kommen vielleicht zu spät, so der Wissenschaftler.

### Gegenseitiges Auspielen falsch

Strikt gegen ein Auspielen von Armut und Klimawandel spricht sich die Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb aus. „Sehr schnell könnte der Klimawandel alle Anstrengungen der Armutsbekämpfung auffressen“, so die Expertin gegenüber presstext. Zumindest viele NGOs hätten es bisher verstanden, dass beide Probleme gemeinsam angegangen werden müssen.

Der Verweis auf die Finanzkrise sei als Entschuldigung des Nordens nicht angebracht. „Die Krise zeigt, dass das bisherige System nicht zukunftsfähig ist. Derzeit wollen die Industriestaaten jedoch bloß den Zustand vor der Krise wiederherstellen.“

*Quelle:*

*presstext 2012 (<http://search.presstext.com/news/20120627034>)*

## Mutter Erde

Du Perle der Schönheit  
Du blauer Planet in der unendlichen Weite des Alls  
Du Meisterstück der Natur  
Du Wiege des Lebens  
Du Heimat des Menschen  
Dein Klima gerät aus den Fugen  
Deine Tiere, Pflanzen und Menschen werden durch den Atomtod bedroht  
Deine Schätze werden geplündert  
Deine Berge und Täler ersticken im Müll  
Deine Flüsse und Meere werden vergiftet  
Deine grüne Lunge wird abgeholzt  
Deine zart gewobene Schutzhülle reißt  
Dein Artenreichtum wird dahingerafft  
Deine Schönheit wird mit Füßen getreten

Du bist krank - dein Fieber steigt  
Du torkelst aus dem Gleichgewicht  
Du schreiest um Hilfe: es ist bald zu spät  
Du donnerst und stürmst gegen die Uhr — es ist eine Minute vor zwölf  
Du nimmst Rache – du wehrst dich verzweifelt

Dein Feind ist das schnelle Geld und die Jagd nach Rendite  
Dein Feind ist die wahnsinnige Spekulation  
Dein Feind ist die Kurzsichtigkeit des Finanzkapitals  
Dein Feind ist die Ausbeutung von Mensch und Natur  
Dein Feind ist die Profitwirtschaft  
Dein Feind ist der schmutzige Krieg um die Herrschaft über dich

Dein Gegner ist die mörderische Gleichgültigkeit: nach mir die Sintflut  
Dein Gegner ist die Verharmlosung deiner Leiden  
Dein Gegner ist die Panikmache, die Rettung käme sowieso zu spät  
Dein Gegner ist Dummheit, Aberglaube und die Arroganz der Macht  
Dein Gegner ist der Antikommunismus, der den Blick auf eine Perspektive vernagelt  
Dein Gegner ist das Greenwashing – das falsche Grün der Heuchelei

Deine Freunde sind die Menschen,  
die in Frieden und Freundschaft mit dir leben wollen  
Deine Freunde sind alle, die um dich kämpfen  
Deine Freunde sind die Kinder,  
die dich mit Neugier und großen Augen entdecken  
Dein Freund ist die rebellierende Jugend  
Deine Freunde sind die Arbeiter,  
die deine Gesetze studieren und anwenden  
Deine Freunde sind die Bauern,  
die deine Kreisläufe verstehen und von dir lernen  
Deine Freunde sind die Wissenschaftler,  
die ihr Wissen in deinen Dienst stellen  
Dein Freund ist die moderne Technik,  
die dich zum Vorbild nimmt  
Deine Freunde sind Vernunft und Verantwortung  
für die kommenden Generationen  
Deine Freunde sind Nachhaltigkeit, Rückgrat,  
Widerstand und revolutionäre Visionen  
Dein Freund ist eine Weltordnung, in der die Schöpferkraft der  
Menschheit zu deiner Rettung entfaltet werden kann

Mutter Erde  
Du Perle der Schönheit  
Du blauer Planet in der unendlichen Weite des Alls  
Du Meisterstück der Natur  
Du Wiege des Lebens  
Du Heimat des Menschen

Wir kämpfen um Dich – weltumspannend, organisiert, gemeinsam  
Wir haben nur dich – die eine Mutter Erde.

*Renate Schmidt, Albstadt, Baden-Württemberg*

## Staudammflut in der Türkei: Bevölkerung stürmt Baustelle

Ercan Ayboga

Am 25. Juli haben nahe der Stadt Dersim (Tunceli) im Kurdischen Osten der Türkei mehrere hundert Personen die Baustelle des umstrittenen Pembelik-Damm am Peri Fluss eingenommen und die Einrichtung teilweise zerstört. Trotz zahlreicher Sicherheitsbeamte und Soldaten überwandten die Demonstranten die Zäune und stürmten die Baustelle, setzten Einrichtungen in Brand. Das Sicherheitspersonal schoss in die Luft, griff ansonsten aber nicht ein. Das waren die bislang schärfsten Protestmaßnahmen in Türkisch-Kurdistan und eine der direktesten Formen von Protest in der gesamten Republik Türkei.

Die Bevölkerung wurde nie in die Planungen des Dammes einbezogen, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt - das ist üblich in der Republik Türkei. Tausende Bewohner des Tals fürchten um ihre Zukunft, sie verlieren Ländereien etc. Der Pembelik-Damm soll 77 Meter hoch werden und das Tal davor fluten.

In Sachen Staudammbau ist die Türkei eine der rücksichtslosesten Länder der Erde. Insgesamt sollen in den nächsten 20 Jahren etwa 2.000 Staudämmen gebaut werden. Danach soll praktisch jeder Fluss gestaut sein. Wieviele Menschen dabei ihre Heimat verlieren, ist unklar. Manche Angaben sprechen von 2 Millionen. Entgegen internationalen Standards werden weder die Bewohner an den Planungen beteiligt, noch gibt es eine ökologische Planung. Klar ist, dass die Folgen für die Natur verheerend sein werden. Zahlreiche Tier- und Pflanzenarten werden aussterben. Das türkische Staudammprogramm führte schon 2009 zu einer Rüge der EU: Das Vorgehen der Türkei widerspreche eindeutig den Vorgaben der EU, so die Kommission damals. Auch das UN Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte hat die Türkei wegen den vielen zerstörerischen Staudämmen kritisiert.

Bei vielen Projekten in der Türkei sind europäische Firmen beteiligt, etwa die Andritz AG, Züblin und

Bilfinger Berger. Ohne sie können die größeren Projekte kaum verwirklicht werden.

Dersim mit ihrer kurdischen und alevitischen Bevölkerung ist eine der am meisten von Staudämmen betroffenen Regionen. Seit 12 Jahren gibt es Proteste. Zwar konnte ein großer Staudamm vor drei Jahren ein großes Stück des Munzur (der größte Fluss dieser Provinz) Tales fluten, aber andere Projekte konnten wegen der Proteste nicht begonnen oder fertig gestellt werden. Die Täler sind die wichtigsten Siedlungsgebiete, hier liegen auch die wichtigen kulturellen Stätten und gleichzeitig sind die Täler ökologisch gesehen gut intakt.

Es ist nicht verwunderlich, dass die Menschen derart protestieren. Im Gegenteil, deren Wut ist verständlich. Für die Menschen dort geht es um alles. Es gibt schon hundertausende Staudammflüchtlinge in der Türkei und täglich werden es mehr. Die meisten von ihnen landen in den Armenvierteln der großen Städte wie Diyarbakir, Van oder Mardin. Doch darauf nimmt die Regierung in Ankara zusammen mit der allmächtigen Wasserbehörde DSI keine Rücksicht. Sie baut weiter, in einem Ausmaß und mit einer Rücksichtslosigkeit, die wir uns nicht vorstellen können. Die Wut steigt - verständlicherweise.

*Video vom Protest:*

<http://www.youtube.com/watch?v=4Xcx01ZFg7M>

*Initiative zur Rettung von Hasankeyf*

[www.hasankeyfgirisimi.com](http://www.hasankeyfgirisimi.com)



# Kritik der grünen Ökonomie – Impulse für eine sozial und ökologisch gerechte Zukunft

## Rezension von Götz Brandt

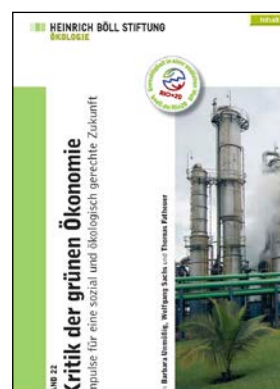
Die Autoren stellen fest, dass sich die wichtigsten globalen ökologischen Trends seit Rio-92 verschlechtert haben und ein Umdenken der politischen und ökonomischen Eliten zum Gipfel Rio+20 nicht zu erwarten ist. Die planetarischen Grenzen werden nach wie vor nicht wahrgenommen. Die Konzepte einer „Grünen Ökonomie“ sind keine Alternative, weil nicht alles was „grün“ und effizient ist, auch ökologisch tragfähig und sozial gerecht ist. Das 1. Kapitel ist dem Gastgeberland Brasilien gewidmet, das in den letzten 20 Jahren durch hohes Wirtschaftswachstum Großbritannien überholt hat. Basis dieser Entwicklung ist Raubwirtschaft an den Ressourcen und die Vernichtung des Regenwaldes. Im 2. Kapitel „Von Rio nach Rio“ wird eingeschätzt, dass die Reduktionsziele beim Ausstoß von Klimagasen nicht erreicht wurden und nach wie vor die USA auch den Erhalt der biologischen Vielfalt durch Veto blockiert. Die ökologische Ungleichheit und die Armut haben sich auf dem Globus nicht verändert. Sowohl die Industrieländer als auch die aufstrebenden Schwellenländer haben die Vereinbarung von Rio-92 gebrochen. Das nicht globalisierbare westliche Konsum- und Produktionsmodell wird inzwischen von allen Ländern angestrebt.

Im 3. Kapitel wird zur „Grünen Ökonomie“ Stellung genommen. Infrage gestellt werden dabei aber nicht die Konsummuster und Lebensstile. Dem drohenden Klimawandel und der Verknappung der Ressourcen soll durch technische Innovationen und bessere Verfügbarkeit der Ressourcen begegnet werden. Dadurch soll zukünftig die Versorgung von zusätzlichen 3 Mrd. „Mittelklasse-Konsumenten“ gesichert werden. Die Grüne Ökonomie soll außerdem die Monetarisierung der Natur umfassen. Nicht nur Naturmaterial, sondern auch Prozesse und Funktionen der Natur sollen vermarktet werden. Der Schutz der Natur soll zu einer Gewinnquelle werden. Alle Konzepte der Grünen Ökonomie sparen die Macht- und Verteilungsfragen aus. Im 4. Kapitel werden die „Konturen einer maßvollen Wirtschaft“ beschrieben. Bisher wurden von der

Industrie nachhaltige Produktions- und Konsummuster nicht beachtet. Die Frage: „Wie kann eine Wirtschaft funktionieren, ohne zu wachsen?“ wird von den Autoren mit der Förderung und Ausweitung der „social commons“ (damit sind alle Güter gemeint, die gemeinsam genutzt werden) beantwortet und nicht mit einem Eingriff in die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse.

Im 5. und letzten Kapitel „Wohlstand in Vielfalt“ wird festgestellt, dass sich das Volkseinkommen von der Wohlstandsentwicklung abgekoppelt hat und unter den Bedingungen der globalen Macht des Finanzkapitals kann das sogar wohlstandszerstörende Auswirkungen haben. Ursache ist das Streben nach Macht und Gewinn und nicht nach Wohlstand für Mensch und Natur. Deshalb muss das Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und Gesellschaft neu bestimmt werden. Es werden aber keine Vorschläge gemacht, wie dieses neue Gleichgewicht herzustellen wäre. Die Autoren wollen das nachhaltige Leben unabhängig vom Einfluss und Druck der Ökonomie in der kapitalistischen Gesellschaft einführen. Ein Vorhaben, das von vornherein als gescheitert betrachtet werden kann, wie die letzten 20 Jahre nach Rio-92 beweisen.

*Kritik der grünen Ökonomie – Impulse für eine sozial und ökologisch gerechte Zukunft von Barbara Unmüßig, Wolfgang Sachs und Thomas Fatheuer*  
Band 22 der „Schriften zur Ökologie“ der Heinrich-Böll-Stiftung; Kostenloser Versand und Download: <http://tinyurl.com/bngqron>





# Soziologie der Energiewende – Erneuerbare Energie und die Transition des ländlichen Raumes

### Rezension von Götz Brandt

Immer mehr Kommunen streben eine Eigenversorgung mit Strom und Wärme an und kappen die zentrale Energieversorgung. Zahlreiche energieautonome und energieautarke Dörfer sind entstanden und in Planung. In diesem Buch werden die Ergebnisse soziologischer Feldforschung bei der Einführung erneuerbarer Energien (EE) in Dörfern und Kleinstädten Ostdeutschlands vorgestellt. Auf diesem Forschungsgebiet gibt es bisher wenige Veröffentlichungen. Umso wertvoller sind die durchweg praktisch nutzbaren Erfahrungswerte, wie die EE in Kommunen eingeführt werden können. Es werden Fragen beantwortet wie: Welche Akzeptanz finden die verschiedenen Arten der EE in den Kommunen? Wie sollte taktisch vorgegangen werden, um die Bürger aufzuklären und zu begeistern? Welche Begriffe sollten Grundlage einer Diskussion sein? Welche Arten von EE bieten sich an? Welches sind ihre Vor- und Nachteile? Wann sollte von „Oben“ und wann von „Unten“ an die Lösung der Probleme herangegangen werden? Welche Besonderheiten gibt es in ostdeutschen Dörfern? Welche lokale Wertschöpfung kann bei Eigenversorgung mit Energie entstehen? Wie können die Vorhaben finanziert werden? Welche Beweggründe haben Investoren? Wie verhalten sich die Oligopole der Stromversorgung?



Jeder Politiker, Bürgermeister, Verwaltungsfachmann, technisch interessierter und versierter Bürger sowie Initiator erhält Anregungen für ein planmäßiges Herangehen an die Einführung der EE und Hinweise, wie Fehler vermieden werden können. Für den genannten Personenkreis ist dieses Buch ein Muss.

*Soziologie der Energiewende, Conrad Kunze; Ibidem-Verlag, Stuttgart 2012, ISBN-13:978-3-8382-0347-8, Preis 24,90 €*

## Das EU-Viertel

### Rezension von Götz Brandt

„Lobby planet“ hat eine Broschüre herausgegeben, die die Bürostandorte der 15.000 bis 20.000 Lobbyisten und Lobbyistinnen in Brüssel bekannt macht. Von dort wird die EU-Politik in der Kommission und im Parlament von der Wirtschaft massiv beeinflusst. Oft werden Insider, ehemalige EU-Entscheidungsträger, dort beschäftigt. Für Ökologen



sind die Abschnitte „Die Giftlobby gegen das EU-Chemikaliengesetz“, „Die Energie- und Verschmutzungslobby“ und „Die Lebensmittel- und Gentechnik-Lobby“ hoch interessant.

Die überarbeitete und aktualisierte Fassung von August 2012 kann über: [kontakt@lobbycontrol.de](mailto:kontakt@lobbycontrol.de) bestellt werden. Kosten: 6,50 € incl. Versandkosten.

## Japan nach „Fukushima“. Ein System in der Krise

Rezension von Götz Brandt

In Bd. 15 der Leipziger Ostasien-Studien analysieren vier Japanologen mit ganz unterschiedlicher Fachkompetenz die Lage in Japan nach „Fukushima“. Aus politökonomischer Sicht, mit kritischen Bemerkungen zur Staats- und Wirtschaftspolitik, aus Sicht der NROs und nicht zuletzt im Spiegel der japanischen Literatur werden die japanischen Zustände und Entwicklungen beurteilt. Dieses breit gefächerte Schlaglicht auf die Auswirkungen von „Fukushima“ gibt nicht nur für den Fachmann, sondern auch für den Nichtkenner japanischer Verhältnisse einen erhellenden Einblick und gibt Antwort auf viele Fragen, die in den japanischen Medien und auch bei uns nicht thematisiert und damit verschwiegen werden.

Die Hälfte der Studie gibt der Untersuchung politökonomischer Fragen Raum. Prof. Enno Berndt erklärt, wie die Regierung und die AKW-Betreiber „kritische Ereignisse ... ignorieren, verstecken und verschweigen“. Zuerst wird die Erdbebengefahr für AKW untersucht. Die Betreiber hatten immer wieder erklärt, dass die (selbst)überprüften AKW erdbebensicher seien. Aber allein 25 der 54 kommerziellen Reaktoren mussten bereits nach dem jüngsten Erdbeben abgeschaltet werden. Das Erdbeben und nicht die nachfolgende Flutwelle hatte in den Reaktoren 1 und 2 vom AKW Fukushima die Kernschmelze und die Wasserstoffexplosion verursacht. Ende März arbeitete in Japan nur noch ein Reaktor und Anfang Mai waren alle AKW stillgelegt. Der Autor erklärt auch, warum es bei Abschalten von einem Drittel der Stromerzeugungskapazität zu keinen Stromabschaltungen kam.

Der Dreifache GAU von Fukushima (Erdbeben, Flutwelle, Kernschmelze) führte aber nicht zu einer Abkehr vom Atom bei Wirtschaft, Regierung und Wissenschaft. Seit 1966 der erste Reaktor ans Netz ging, verfolgte die Regierung eine Politik der atomotechnologischen Importunabhängigkeit und seit 1992 gibt es eine eigene Urananreicherung. Obwohl die Wiederaufarbeitung zwei- bis dreimal so teuer wie der Import angereicherter natürlicher Urans war, wollte man in den Besitz von Plutonium kommen, bekanntlich Voraussetzung für

die kostengünstige Herstellung von Kernwaffen. Die Menge der in Japan gelagerten nuklearen Reststoffe ist deshalb stetig angewachsen, die Endlagerung ist ungelöst.

Der durch den GAU angerichtete Schaden ist durch die AKW-Betreiber so gut wie nicht versichert, nur 0,4 % des Schadens tragen die Versicherungen. Der japanische Staat übernimmt die Risiken vollständig. Würde man die Schadenssumme auf den Atomstrompreis umlegen, dann wäre Atomstrom wesentlich teurer als Strom aus Wärmekraftwerken. Obwohl nur ein Drittel des erzeugten Stroms von den Haushalten verbraucht wird, kommen aus diesem Sektor 42 % des Umsatzes. Die Strompreise für die Haushalte steigen kontinuierlich, die der Großkunden sinken.

Der Autor kommt zu dem Schluss, dass AKW nicht nur extrem gefährlich sind, sondern auch inflexibel und teuer. Für die AKW-Betreiber lohnt sich der Betrieb nur, weil der Staat alle Risiken und die Kosten für Forschung und Entwicklung übernimmt, so, wie auch in Deutschland. Verantwortlichkeiten für den mehrfachen GAU von Fukushima bleiben undiskutiert und Rechtsverstöße ungeahndet. Die Staatsbürokratie und Teile der japanischen Großindustrie wollen auch nach dem GAU keinen AKW-Ausstieg.

Ein zweiter Beitrag von Frau Prof. Steffi Richter befasst sich mit sozialen und gesundheitlichen Fragen der japanischen Atomwirtschaft. Ein Jahr nach der Dreifachkatastrophe sind die offiziellen Opferangaben 15.000 Tote und 3.000 Vermisste. Nach wie vor fehlt aber eine öffentliche Kritik oder Diskussion. Auch die Forderung von Wissenschaftlern, die im Umkreis von 50 km um Fukushima (3925 km<sup>2</sup>) verstrahlte Erde zu dekontaminieren, findet beim Staat kein Echo. In den nächsten 10 Jahren werden 223.000 Krebskranke erwartet.

Nur wenige Menschen sind in der Lage, ihre gesamte Lebensgrundlage aufzugeben. Wohin soll man auch in einem so dicht besiedelten Land fliehen? „Gehen können nur diejenigen, die über entsprechendes soziales Kapital verfügen“. Die Gesellschaft wurde durch die Katastrophe zerrissen, die Solidarität löst sich auf. Das Dogma einer

zwangsbasierten Schicksalsgemeinschaft mit Obrigkeitsglauben und totalitärem Nationalismus findet immer weniger Gläubige.

Hinzu kommen die mangelhaften offiziellen und atomindustriellen Informationen über die Katastrophe. Wie auch in Deutschland wurden in Japan die im Strahlenbereich notwendigen Arbeiten von „Atomnomaden“ verrichtet. 73.000 Nichtreguläre stehen 10.000 Firmenangestellten gegenüber. Die „teuren“ Fachleute werden der Strahlung nicht ausgesetzt, um möglichst lange über diese Fachleute verfügen zu können. Darin zeigt sich die Diskriminierung der Leiharbeiter in der Atomindustrie. Auch bei der Tschernobyl-Katastrophe waren mindestens 600.000 zivile und militärische Helfer bei der Reinigung, Räumung und Dekontaminierung beteiligt, die dann als „Helden“ bezeichnet wurden. In Japan werden sie ebenfalls „Helden“ genannt.

Im Gefolge der mangelhaften Informationspolitik des Staates, der die Kernschmelze als „Kaltabschaltung“ bezeichnete, bildeten sich Anti-AKW-Gruppen und ein Netzwerk von Lokalpolitikern, die Druck auf Staat und Atomkonzerne in Richtung Ausstieg machen.

In einem dritten Beitrag von Nicola Liscutin wurden die Vernetzung der AKW-Gegner und das Entstehen neuer unabhängiger Medien untersucht. Staat, AKW-Betreiber und etablierte Massenmedien wollen die Protestkundgebungen der Atomgegner ins Leere laufen lassen. Sie berichten nicht über derartige Aktionen. Das führte zur Entwicklung der „Massen-Selbst-Kommunikation“ in der Netzgemeinde. Ursache war auch, dass die furchterregenden Fernsehbilder mit den gegebenen Kommentaren so gar nicht übereinstimmten. Die Medien zogen ihre Korrespondenten hinter eine 50-km-Linie um Fukushima zurück, um sie nicht zu gefährden. Dadurch gab es keine Berichterstattung aus dieser Zone. Erst unabhängige Journalisten berichteten durch „Augenzeugen-Reisen“ aus diesem Gebiet und berichteten in neuen Medien. Diese hatten nach der Katastrophe täglich bis zu zwei Millionen Besucher. Es wurden Informationen bereitgestellt und verbreitet, die die Massenmedien nicht lieferten. Unabhängige Beobachter stellten fest, dass es auch außerhalb der offiziellen Grenzen der Verstrahlung Gebiete mit hoher Verstrahlung gab. Gegenüber



den offiziellen Berichten und Konferenzen gab es bei den neuen Medien eine Zuschauerbeteiligung, die rege genutzt wurde. Betroffene, verängstigte, empörte oder frustrierte Menschen kamen zu Wort. Alle gleichgesinnten Atomkraftgegner konnten an der Bewegung mitwirken. Es entstand ein „Wir-Gefühl“ dieser Bewegung.

Der Staat war vor allem am Wiederaufbau der Industrie interessiert und nicht an der Evakuierung und dem Schutz der Bürger. Vor allem Kinder und Schwangere waren besonders gefährdet. Als Maßnahme, um einer Evakuierung vorzubeugen, wurde die maximale Strahlungsbelastungsgrenze auf 20 Millisievert pro Jahr angehoben. Zum Missfallen der Regierung haben aber Fischer und Lebensmittelketten ihre Waren auf Verstrahlung nach dem alten niedrigeren Wert geprüft.

Der letzte Beitrag von Lisette Gebhard befasst sich mit der Widerspiegelung der Dreifachkatastrophe in der Kunst und Literatur Japans. Es erfolgte eine rasche Reaktion der Kunstszene. Es wurden Gedichte, Kommentare und kritische Essays verfasst.

Der Verfall der sozialen Strukturen in den verstrahlten Gebieten, die dort zunehmenden Selbstmorde vor allem älterer isolierter und einsamer Menschen, der Umgang mit dem zurückgelassenen Vieh und den Haustieren waren Gegenstand künstlerischer Verarbeitung und Darstellung. Die Forderungen der Künstler gehen bis zur Abschaffung des Militärs, des Kaisers und des Klassensystems. Jedenfalls wurde die langjährige Abstinenz von öffentlicher Meinungskundgebung durchbrochen.

Jeder, der sich mit den Folgen der atomaren Wirtschaft befasst, muss dieses Buch lesen, weil es einen breit gefächerten tiefen Einblick in eine uns

mehr oder weniger fremde ostasiatische Gesellschaft gibt, wie sie mit den Folgen der Dreifachkatastrophe umgeht. Es gibt viele Ähnlichkeiten mit Deutschland. Aber auch für Bürger, die Wege suchen, sich gegen die profitorientierten Machenschaften der Staats- und Wirtschaftsmacht zu wehren, gibt dieses Buch viele Impulse.

*Japan nach „Fukushima“. Ein System in der Krise. Steffi Richter, Lisette Gebhardt (Hg); Leipziger Universitätsverlag GmbH 2012*

*Leipziger Ostasienstudien Bd. 15; ISBN 978-3-86583-692-2; 24 €*

## Mitgliedserklärung

Hiermit erkläre ich meine Zugehörigkeit zur Ökologischen Plattform bei der Partei „DIE LINKE“

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Telefon/Fax \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Parteistatus (bitte ankreuzen): Mitglied  Sympathisant

Bundesland \_\_\_\_\_

Landesverband \_\_\_\_\_

Kreisverband \_\_\_\_\_



---

## Autorenangaben

*Jasmin Romfeld* ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag.

*Eva Bulling-Schröter MdB*, ist umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DER LINKEN.

*Heike Jacobs* ist Mitglied der LAG Umwelt Brandenburg.

*Axel Mayer* ist BUND-Geschäftsführer (Freiburg), Kreisrat (Emmendingen), Vizepräsident TRAS (Basel).

*Johannes Pernsteiner*, Journalist, ist Redakteur und stv. Chef v. Dienst der presstext Nachrichtenagentur GmbH.

*Renate Schmidt* ist Musiklehrerin an der Musik und Kunstschule Albstadt, aktiv in der MLPD.

*Ercan Ayboga* ist Mitglied der Ökologischen Plattform und der Initiative zur Rettung von Hasankeyf

*Prof. Götz Brandt* ist Mitglied des SprecherInnenrates der Ökologischen Plattform.

.....Mitgliedserklärung

### **Ökologische Kenntnisse**

Die ÖPF versichert, dass alle Daten ausschließlich für die Bereitstellung von Informationen und die Kommunikation innerhalb der ÖPF verwendet werden.

Unsere Vierteljahreszeitschrift kann unter [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de) bzw. [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de) eingesehen und heruntergeladen werden. Wird ein Abonnement gewünscht, bitten wir um vorrangige Erwägung einer elektronischen Zustellung, da die Auflage aus finanziellen Gründen begrenzt ist und einige Exemplare für Infostände benötigt werden.

### **Abonnement der Zeitschrift „Tarantel“**

(bitte ankreuzen) per E-Mail   
und/oder in Papierform

### **Abonnement des Newsletters der ÖPF**

(bitte ankreuzen) per E-Mail

Das Formular bitte einsenden:

per E-Mail: [kontakt@oekologische-plattform.de](mailto:kontakt@oekologische-plattform.de) per Fax: +49 030 2411046

per Post: Ökologische Plattform Partei DIE LINKE Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Die Zeitschrift und der Newsletter können jederzeit gekündigt werden

(Änderungs- bzw. Abmeldung an [kontakt@oekologische-plattform.de](mailto:kontakt@oekologische-plattform.de))





Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei Adressen/ Abonnement der Tarantel bitte über [kontakt@oekologische-plattform.de](mailto:kontakt@oekologische-plattform.de) oder <http://www.oekologische-plattform.de>

## Bundesebene

### Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de) oder [oekoplattform@die-linke.de](mailto:oekoplattform@die-linke.de)

Manfred Wolf, 030 2411127, [manfredwolfberlin@gmx.de](mailto:manfredwolfberlin@gmx.de)

Petra Beck, [pcbe@gmx.net](mailto:pcbe@gmx.net)

Götz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de

Mailverteiler (Newsletter):

Anmeldung unter [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de)

### BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Uwe Fiedler (Koordination), Auf der Kugel 15, 58093 Hagen, [hageneruwe@googlemail.com](mailto:hageneruwe@googlemail.com)

### Bundestag

Eva Bulling-Schröter (Vorsitzende Umweltausschuss),

Tel. 030 22772485, Fax 030 222776485

[eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de](mailto:eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de)

Dorothee Menzner (energiepolitische Sprecherin), Tel.030 227-

73167, Fax 030 227-76166, [dorothee.menzner@bundestag.de](mailto:dorothee.menzner@bundestag.de)

Ralph Lenkert (umweltpolitischer Sprecher), Tel. 030 227-

72638, Fax 030 227-76638, [ralph.lenkert@bundestag.de](mailto:ralph.lenkert@bundestag.de)

Sabine Stüber (Naturschutz, Biodiversität, Lärmschutz),

030 227-72138, [sabine.stueber@bundestag.de](mailto:sabine.stueber@bundestag.de)

## Landesebene

### Baden-Württemberg

Wolfgang Kämmerer, Wilhelm-Röntgen-Str. 32, 73760

Ostfildern, [mail@wolfgangkaemmerer.de](mailto:mail@wolfgangkaemmerer.de)

### Bayern

LAG Umwelt, Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt, Tel. 0841

3796284, [eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de](mailto:eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de)

Marianne Selke, [marianne-selke@t-online.de](mailto:marianne-selke@t-online.de)

### Berlin

Marion Platta (MdA, Umwelt), Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin,

Tel. 030 23252550, [platta@linksfraktion-berlin.de](mailto:platta@linksfraktion-berlin.de)

### Brandenburg

Norbert Wilke Großbeerenstr. 7 14482 Potsdam

01520 2875749 [norbert.wilke@dielinke-brandenburg.de](mailto:norbert.wilke@dielinke-brandenburg.de) (LAG

Umwelt)

Carolin Steinmetzer-Mann (MdL, umweltpolitische Sprecherin),

Am Havelblick 8, 14473 Potsdam,

[carolin.steinmetzer@dielinke-fraktion.brandenburg.de](mailto:carolin.steinmetzer@dielinke-fraktion.brandenburg.de)

### Bremen

Klaus-Rainer Rupp (Mitglied Bürgerschaft, Umwelt), Tiefer 8,

28195 Bremen, [klaus-rainer.rupp@linksfraktion-bremen.de](mailto:klaus-rainer.rupp@linksfraktion-bremen.de)

### Hamburg

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg,

[g.siegler@web.de](mailto:g.siegler@web.de) (AG Umwelt, Energie, Verkehr)

Dora Heyenn (Mitglied Bürgerschaft, Umwelt), Rathausmarkt 1,

20095 Hamburg, [dora.heyenn.ma1@linksfraktion-hamburg.de](mailto:dora.heyenn.ma1@linksfraktion-hamburg.de)

### Hessen

Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg,

Tel. 06421 163873, [hajo.zeller@web.de](mailto:hajo.zeller@web.de) (ÖPF Hessen)

Marjana Schott (MdL, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik),

Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, [m.schott@ltg.hessen.de](mailto:m.schott@ltg.hessen.de)

### Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Mignon Schwenke (MdL, Umwelt), Lennestr. 1,

19053 Schwerin, [m.schwenke@dielinke.landtag-mv.de](mailto:m.schwenke@dielinke.landtag-mv.de)

Tel. 9385 5252531

Ute Spriewald (LAG Nachhaltige Entwicklung)

[u.spriewald@dielinke.landtag-mv.de](mailto:u.spriewald@dielinke.landtag-mv.de)

### Niedersachsen

Heinz Preuß (ÖPF NS, Koordinierungsrat ÖPF), Sedanstr. 6,

31787 Hameln, Tel. 05151 409481, [Hpborusso@aol.com](mailto:Hpborusso@aol.com)

Rolf Köhne, Mispelweg 6, 30419 Hannover,

[rolf.koehne@arcor.de](mailto:rolf.koehne@arcor.de)

Kurt Herzog (MdL, Umwelt), Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1,

30159 Hannover, [kurt.herzog@lt.niedersachsen.de](mailto:kurt.herzog@lt.niedersachsen.de)

### Nordrhein-Westfalen

Ralf Henrichs, Kellermannstr. 13, 48149 Münster,

Tel. 0151 18479447, [ralfhenrichs@gmx.de](mailto:ralfhenrichs@gmx.de)

Jörg Bütefür, Spittlerstr. 24, 45144 Essen,

[joerg.buetefuer@gmx.de](mailto:joerg.buetefuer@gmx.de) (ÖPF NRW, [www.oepf-nrw.de](http://www.oepf-nrw.de))

Michael Aggelidis, MdL, Energie- und Technologiepolitik,

[michael.aggelidis@landtag.nrw.de](mailto:michael.aggelidis@landtag.nrw.de)

Hamide Akbayir, MdL, Umweltpolitik, Verbraucherschutz,

Agrarpolitik; [hamide.akbayir@landtag.nrw.de](mailto:hamide.akbayir@landtag.nrw.de)

### Rheinland-Pfalz

Marion Morassi, Walporzheimer Str. 5, 53474 Ahrweiler,

[marionmorassi@t-online.de](mailto:marionmorassi@t-online.de)

Wolfgang Huste, [whuste@aol.com](mailto:whuste@aol.com) (LAG ÖPF RP)

### Saarland

Dagmar Enschedel (MdL, Umwelt- und Tierschutz), Franz-

Josef-Röder-Straße 7, 66119 Saarbrücken,

[dagmar.enschedel@dielinke-saar.de](mailto:dagmar.enschedel@dielinke-saar.de)

### Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel.

035891 35290, [an-sa-kunze@t-online.de](mailto:an-sa-kunze@t-online.de)

Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig,

Tel. 0341 9424882, [micha.lauter@web.de](mailto:micha.lauter@web.de); (ADELE – ÖPF SA)

Marco Böhme, [marco.boehme@linksjugend-sachsen.de](mailto:marco.boehme@linksjugend-sachsen.de)

Dr. Jana Pinka (MdL, Umwelt- und Technologiepolitik), Bernhard-

von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden, [jana.pinka@slt.sachsen.de](mailto:jana.pinka@slt.sachsen.de)

Dr. Monika Runge (MdL, Energie- und Klimaschutz), Bernhardvon-

Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden,

[monika.runge@slt.sachsen.de](mailto:monika.runge@slt.sachsen.de)

### Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle,

Tel. 0345 29418-63, (AG Umwelt SN)

Angelika Hunger (MdL, Verbraucherschutz, Energiepolitik),

Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg,

[angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)

Andre Lüderitz (MdL, Umweltpolitik), Domplatz 6-9, 39104

Magdeburg, [andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)

### Schleswig-Holstein

Silke Mahrt, Amselweg 7, 23843 Bad Oldesloe,

[silke.mahrt@web.de](mailto:silke.mahrt@web.de)

Dettmer Grünefeld, Bendixenweg 6, 24975 Ausackerholz b.

Flensburg, Tel. 04633 966624,

[dettmergruenefeld@hotmail.com](mailto:dettmergruenefeld@hotmail.com) (ÖPF-SH)

### Thüringen

Dr. Johanna Scheringer-Wright (MdL, Agrarpolitik und regionale

Entwicklung),

Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt,

Tel. 0361 3772306, 0151 11723000, [johanna@scheringer.de](mailto:johanna@scheringer.de)

Thomas Pätzold, [webmaster@oekosozialisten.de](mailto:webmaster@oekosozialisten.de) (ÖPF TH,

<http://oekosozialisten.de>)

Tilo Kummer (MdL, Umwelt), Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Tel.

0361 3772317, [kummer@die-linke-thl.de](mailto:kummer@die-linke-thl.de)

### linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur

Neues Deutschland), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

[s.schmidt@nd-online.de](mailto:s.schmidt@nd-online.de),

<http://www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt>

Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg,

Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030 44339147,

[www.grueneliga-berlin.de/raberalf](http://www.grueneliga-berlin.de/raberalf)

# Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform  
bei der Partei **DIE LINKE.**

## Inhaltverzeichnis

Rainer Gally , Editorial	3
<b>Aus den Ländern</b>	
Salzeinleitung in die Werra: Wirtschaftsminister setzt sich über geltendes Umweltrecht hinweg	4
Positionspapier der LAG Umwelt Brandenburg zum Thema "Glyphosat"	6
Bundesregierung ignoriert BürgerInnenwillen	8
<b>Schwerpunktthema: Gentechnik und Pestizide</b>	
Bahn frei für den Genmais	9
Das meistverkaufte Pflanzengift der Welt	10
<b>Verbände, Organisationen</b>	
Ökosteuern: Weiterführung von Spitzenausgleich „für lau“ verstößt gegen EU-Recht	14
Eurokrise & Nachhaltigkeit	16
Newsletter Umweltgewerkschaft; April 2012	19
<b>Gesellschaftsperspektive</b>	
Rio+20 scheitert an globaler Ungleichheit	21
Mutter Erde	22
<b>International</b>	
Staudammflut in der Türkei: Bevölkerung stürmt Baustelle	24
<b>Bücherecke</b>	
Kritik der grünen Ökonomie – Impulse für eine sozial und ökologisch gerechte Zukunft.	25
Soziologie der Energiewende – Erneuerbare Energie und die Transition des ländlichen Raumes	26
Das EU-Viertel	26
Japan nach „Fukushima“. Ein System in der Krise.	27